

fonction publique



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 262

juillet 2019

51^e année

paraît 4 fois par an

100-jähriges Bestehen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

Eine Jahrhunderterklärung für faire Jobs



„Die Zukunft der Arbeit ist nicht vorbestimmt, niemand entscheidet an unserer Stelle, weder Roboter noch Künstliche Intelligenz“, betonte ILO-Generaldirektor Guy Ryder zur Eröffnung der Jubiläumskonferenz in Genf. Binnen zwei Wochen waren rund 40 Staats- und Regierungschefs aus diesem Anlass in die Schweiz gereist. Luxemburg war durch gleich drei Minister und etliche Sozialpartner vertreten, unter ihnen auch die CGFP-Vertreter Romain Wolff und Claude Heiser.

In ihrem Gründungsjahr brachte die ILO 1919 Regierungen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit ehrgeizigen Zielen an einen Tisch. Von Anfang an hatte sich die älteste UN-Sonderorganisation zum Ziel gesetzt, den Weltfrieden durch verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen zu festigen. Die Bilanz der ILO ist beeindruckend: Bislang wurden beinahe 190 Abkommen und mehr als 200 Empfehlungen ausgearbeitet, u.a. in Bezug auf das Recht zur Gründung von Gewerkschaften sowie den Schutz vor Ausbeutung, Sklaverei, Diskriminierung und Zwangsarbeit. 100 Jahre nach ihrer Gründung warten jetzt neue Herausforderungen auf die ILO. In Zeiten zunehmender weltweiter Deregulierung des Arbeitsmarkts mit Millionen von Zwangsarbeitern gilt es, alles in Bewegung zu setzen, damit der soziale Frieden gesichert bleibt. Beim Abschluss der ILO-Jubiläumssitzung bekräftigten die Mitgliedsstaaten im Rahmen einer Jahrhunderterklärung, dass die technologischen Entwicklungen immer zum Nutzen der Menschen eingesetzt werden sollten. Die Delegierten nahmen zudem auch eine Konvention gegen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz an (siehe Seite 11).



Den EU-Volkszorn nicht ignorieren

Mit 51% stieg die Wahlbeteiligung bei der Europawahl auf ihr höchstes Niveau seit 20 Jahren. Dabei blieb der von vielen befürchtete Rechtsruck aus. In fast allen Ländern zeichnet sich jedoch ein besorgniserregender Trend ab: Die großen Volksparteien mussten starke Einbußen verzeichnen. Schaffen es die traditionellen politischen Kräfte nicht, schnell umzudenken, riskieren sie künftig, noch mehr an Einfluss zu verlieren. Die Europaverdrossenheit ist nicht zuletzt eine Folge der ungebremsten kapitalistischen Gier. Die ungerechte Verteilung des Reichtums bringt somit in vielen EU-Ländern die Demokratie in Gefahr.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 16+17



Überarbeitung der Arbeitszeitregelung

Die EU-Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) schreibt den Mitgliedsstaaten vor, den Arbeitnehmern eine Reihe von Rechten (z.B. Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit, Ruhezeit,...) zu gewährleisten. Unter streng definierten Auflagen besteht zudem die Möglichkeit, von diesen Vorschriften abzuweichen. Die Umsetzung der neuen Bestimmungen gestaltet sich jedoch in manchen Staatsverwaltungen schwierig. Bei der Suche nach einer ausgewogenen Lösung beschloss der CGFP-Nationalvorstand in seiner jüngsten Sitzung, eine Arbeitsgruppe einzusetzen.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 5



Durchbruch bei Polizei und Armee

Im April 2018 verlor ein Polizist bei einer Verfolgungsjagd in Lausdorn sein Leben. Im Februar dieses Jahres wurden zwei Militärangehörige Opfer einer verheerenden Explosion im Munitionsdepot Waldhof, zwei weitere wurden teils schwer verletzt. Diese beiden tragischen Ereignisse haben der Öffentlichkeit erneut vor Augen geführt, dass der Polizei- und Armeedienst kein Beruf wie jeder andere ist. Seit Jahren kämpfen beide Korps mit einem gravierenden Nachwuchsmangel. Zudem bot das Inkrafttreten der neuen Arbeitszeitregelung reichlich Zündstoff. Auf Betreiben der CGFP wurde jetzt mit der Regierung eine adäquate Lösung gefunden.

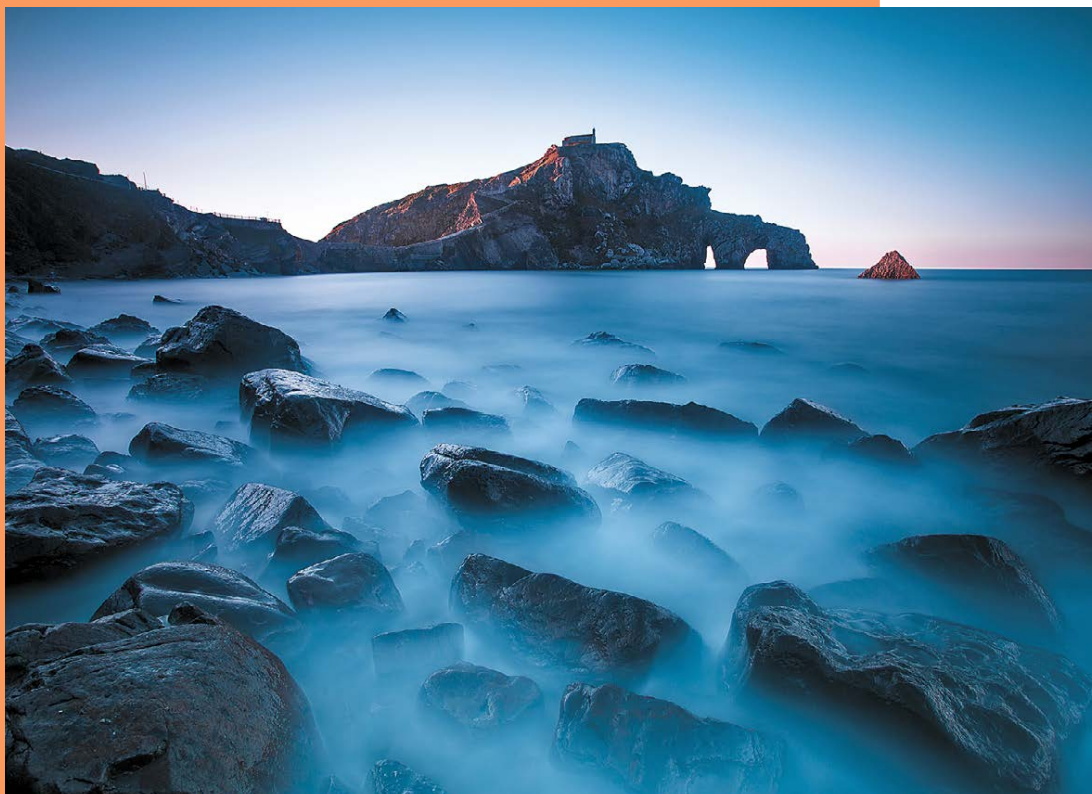
Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 6 bis 9

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Nulltoleranz gegenüber Gewalt am Arbeitsplatz

Nachdem sich in den ersten 6 Monaten dieses Jahres auf nationaler Gewerkschaftsebene so manches getan hat, gilt es nun, den Blick auf das internationale Geschehen zu richten.

Zu einem Zeitpunkt, in dem der Brexit noch immer nicht vollzogen ist und die Verantwortlichen der Europäischen Union nach den Europawahlen vom 26. Mai ihre liebe Mühe hatten, die Spitzenjobs neu zu besetzen, ohne dem Prinzip der Spitzenkandidaten und somit dem Wählerwillen Rechnung zu tragen, bleibt die Gewalt am Arbeitsplatz – ob unter Kolleginnen und Kollegen, oder im Kontakt mit Drittpersonen – eines der international übergreifenden Themen.

Dass gerade dieses Thema leider nichts an Aktualität eingebüßt hat, verdeutlicht allein schon die 108. Internationale Arbeitskonferenz, die wie jedes Jahr auch diesmal im Juni in Genf stattgefunden hat und bei der, neben den Arbeitern im „Committee on the Application of Standards“, an der auch CGFP-Vertreter teilgenommen haben, sich eine Spezialkommission mit Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt befasst hat. Lange, sachliche und überaus zähe Diskussionen mündeten am letzten Tag der Konferenz in die Annahme einer Konvention sowie einer Empfehlung in diesem Bereich.

Kurz ein Wort zur Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): Sie ist ein Gremium aus Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Regierungsvertretern auf allerhöchstem Weltniveau. Diesem Dreiergremium gehören derzeit 187 Mitgliedsstaaten an. In diesem Jahr feiert die ILO ihr hundertjähriges Bestehen (siehe unseren eigenen Beitrag Seite 11) und auch in Luxemburg soll diesbe-



züglich Ende 2019 eine Veranstaltung stattfinden.

Als Gewerkschafter muss man immer wieder feststellen, dass Gewerkschaftsarbeit in anderen Teilen der Welt ganz oft große Gefahren birgt, vor allem für kritische Gewerkschaftsvertreter, die ihren Einsatz für ihre Kollegen nicht selten mit dem bitteren Tod bezahlen müssen. Stets wiederkehrende Themen bei der Konferenz sind die Gewerkschaftsfreiheit, die Zwangsarbeit (wovon weltweit 24,9 Millionen Menschen betroffen sind), oder eben auch die Kinderarbeit, die es unter keinen Umständen geben dürfte. Sie stellt einen regelrechten Skandal dar, vor dem insbesondere Gewerkschaftsvertreter auf keinen Fall die Augen schließen dürfen.

Und trotzdem: Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht davon aus, dass derzeit auf der Welt noch etwa 152 Millionen Kinder, also rund 10% aller Minderjährigen, Kinderarbeit verrichten. Dies geschieht zum Teil unter gefährlichen Bedingungen. Schätzun-

gen zufolge sind 73 Millionen Kinder zwischen 5 und 17 Jahren hiervon betroffen. (Quelle: OIT: Les règles du jeu) Doch zurück zum Thema Gewalt. Sie macht sich häufig bemerkbar in Situationen, in denen Menschen keine triftigen, sachlichen Argumente mehr haben.

Gerade dann zieht ein Sturm der Entrüstung auf. Es kann zu verbalen Ausbrüchen, einer unangemessenen Wortwahl oder, noch schlimmer, zu physischer Gewalt kommen.

Eines sollte klar sein: Gewalt im Allgemeinen ist in all ihren Formen, ob physisch oder psychisch, inakzeptabel, und darf auf keinen Fall hingenommen werden.

Dieses Phänomen ist in den letzten Jahren immer häufiger zu beobachten, und zwar in allen Bereichen, insbesondere aber im öffentlichen Dienst. Hier werden ganz oft Arbeitnehmer angegriffen, die anderen Menschen zu Hilfe eilen, im Gesundheitswesen, im Schulbereich, bei der Polizei und den Rettungskräften, um nur diese Beispiele zu nennen. Alles Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die sich in den Dienst des Gemeinwohls stellen. Sie sind der Grundstein für eine lebendige Demokratie.

Die öffentlich Beschäftigten müssen leider ganz oft, an vorderster Front, von der Politik getroffene, nicht immer von jedermann als positiv bewertete Entscheidungen in die Praxis umsetzen. Immer mehr wird staatliches Handeln in Zweifel gezogen. Die Leidtragenden dabei sind im Regelfall die öffentlich Bediensteten, die sich im direkten Kontakt mit den Bürgern in den Dienst des Allgemeinwohls stellen und einen gut

funktionierenden Staat gewährleisten. Spricht man mit Betroffenen, so muss leider allzu oft festgestellt werden, dass der Arbeitgeber – in diesem Falle der Staat – sich trotz seiner Vorbildfunktion, aufs Sträflichste seiner Verantwortung entzieht, und die Beschäftigten im Stich lässt. Dies gilt sowohl im Bereich der Vorbeugung als auch bei der nachträglichen Hilfe für die davon betroffenen Menschen.

Wohl oder übel müssen spätestens hier die Gewerkschaften in die Bresche springen und ihre extrem wichtige soziale Rolle voll und ganz wahrnehmen. Aus diesen stichhaltigen Gründen wird die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI) demnächst eine flächendeckende europäische Kampagne starten, die Ursachenforschung betreibt, wieso Gewalt, insbesondere gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, immer mehr als eine Normalität angesehen wird. Und wie steht es mit der gegenseitigen Achtung und dem Respekt untereinander? Gerade bei diesem Punkt müsste eine tiefer gehende Wertediskussion geführt werden. Oberstes Ziel sollte es sein, in Europa einen gesetzlichen Rahmen zur Bekämpfung von Gewalt, die von Drittpersonen ausgeht, zu schaffen.

Für die CESI steht jedenfalls Nulltoleranz gegenüber Gewalt am Arbeitsplatz ganz oben auf der Agenda. Sie wird dabei von all ihren Mitgliedsorganisationen unterstützt.

Jetzt muss gehandelt werden! Packen wir's an!

Romain Wolff
CGFP-Nationalpräsident

Berufskammer aller öffentlich Bediensteten

Öffentliche Einrichtungen dürfen nicht zur Regel werden

58 Jahre nach ihrer Gründung wird die staatliche Exportagentur „Office du Ducroire“ (ODL) einer Reform unterzogen. Der Kompetenzbereich dieser Einrichtung, die Luxemburger Unternehmen beim Warenexport in risikoreiche Gegenden unterstützt, wird künftig erweitert. Ziel der Reform ist es, die Arbeitsweise des ODL noch effizienter zu gestalten. Der entsprechende Gesetzentwurf sieht diesbezüglich die Schaffung einer öffentlichen Einrichtung mit eigenem Personal und einer für die laufende Verwaltung zuständigen Direktion vor.

In ihrem Gutachten begrüßt die Berufskammer der öffentlich Bediensteten, dass die bisherige Notlösung bald der Vergangenheit angehören wird. Mit der neuen Gesetzgebung wird den heutigen Anforderungen verstärkt Rechnung getragen. Zugleich spricht sich die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) dagegen

aus, dass die Führung und das Personal der staatlichen Exportagentur künftig einem privatrechtlichen Vertragsverhältnis unterliegen.

Diese Herangehensweise steht nicht im Einklang mit den Grundsätzen für die korrekte Funktionsweise eines Staates. Sie widerspricht zudem einer Verpflichtung, die eine der vorigen Regierungen mit der CGFP eingegangen war. Dem Gehälterabkommen von 2002 zufolge, muss bei der Schaffung von öffentlichen Einrichtungen per Gesetz gewährleistet sein, dass das öffentliche Statut bei der betreffenden Belegschaft angewandt wird.

Die Vielzahl der bereits existierenden „établissements publics“ lässt darauf schließen, dass sich die Politik zunehmend von Lobbyisten blenden lässt, die darauf bedacht sind, Staatsverwaltungen nach reinen Rentabilitätskriterien zu leiten und den öffentlichen Dienst verstärkt zu privatisieren. Auch

wenn es wohl in einigen Fällen triftige Gründe gibt, einer öffentlichen Einrichtung gewisse Aufgaben zu übertragen, darf diese Methode nicht zur Gewohnheit werden.

Es kann nicht angehen, dass die politisch Verantwortlichen auf diese Weise versuchen, unbequeme Verwaltungsentscheidungen auf die öffentlichen Einrichtungen abzuwälzen. Die bisher beispielhafte Gründlichkeit bei der Führung der Staatsgeschäfte darf nicht zunehmend verflachen.

Die vernünftigen Regeln, die beim Personalmanagement im öffentlichen Dienst gelten, dürfen nicht verwässert werden. Sie sind schließlich ein Garant dafür, dass die Bürger von den Verwaltungen neutral und unparteilich behandelt werden. Staatsdiener stehen im Dienst des Landes und seiner Bürger und nicht im Dienst derjenigen, die gerade regieren. Das öffentliche Statut schützt die Bediensteten vor

zweifelhaften Kündigungen und vor einer Willkür seitens der Machthaber.

Simple Lösungen finden häufig Anklang bei Politikern, da ihre Mitarbeiter dadurch auf sie angewiesen sind. Derartige Praktiken liegen jedoch keinesfalls im nationalen Interesse. Politiker, die privatrechtlich eingestelltem Zeitpersonal den Umgang mit öffentlichen Geldern anvertrauen, können ihre persönliche Verantwortung später nicht leugnen, wenn sich das Management als unzureichend erweisen sollte.

Seit Jahren neigen die jeweiligen Regierungen verstärkt dazu, Festanstellungen beim Staat mit Angestellten zu besetzen, obwohl die Ausübung dieser Missionen im Prinzip Staatsbeamten vorbehalten ist. Die Berufskammer der öffentlich Bediensteten fordert, dass alle Staatsangestellten, Zugang zum öffentlichen Statut erhalten, vorausgesetzt sie erfüllen die rechtlichen Bedingungen dafür. **ml**

 **Baloise**
Assurances

MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu

 **CGFP**
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Tiefgründige Analyse zur Verbesserung der Arbeitszeitregelung erforderlich

Die Einführung der Zeitsparkonten zählt zu den größten Errungenschaften in der 110-jährigen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst. Verankert in diesem Gesetz ist die auf einer EU-Richtlinie beruhende Arbeitszeitregelung. Deren Umsetzung erwies sich jedoch in einigen Verwaltungen als schwierig. In seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien beschloss der CGFP-Nationalvorstand, pünktlich zur „Rentrée“ eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit möglichen punktuellen Anpassungen des Dienstrechts bei der Arbeitszeitregelung befassen wird. Ziel ist es, zeitnah eine für den gesamten öffentlichen Dienst tragbare Lösung zu finden.

Seit nunmehr zehn Monaten verfügen die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes über ein Zeitsparkonto. Der „compte épargne-temps“ (CET) wird mit zusätzlichen Arbeitsstunden und Urlaubstagen gespeist, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Bei Bedarf kann die angesparte Zeit zu einem späteren Moment eingefordert werden. Insgesamt dürfen höchstens 1.800 Stunden gesammelt und anschließend in Freizeit umgewandelt werden.

An der Nützlichkeit der Zeitsparkonten hegt heute niemand mehr ernsthafte Zweifel. Das Instrument ermöglicht den Beschäftigten, das Privat- und Berufsleben besser miteinander zu vereinbaren. Die neuen Spielregeln bieten zudem den Verwaltungen die Möglichkeit, die Arbeitseinteilung weitaus flexibler zu gestalten, ohne dass es dabei zu Missbräuchen auf Kosten der Arbeitnehmer kommt.

Auf Betreiben des Staatsrats wurde damals die auf einer EU-Richtlinie beruhende Arbeitszeitregelung teilweise in das CET-Gesetz integriert. Als der



entsprechende Gesetzentwurf auf den Instanzenweg geschickt wurde, gab es keinerlei Beanstandungen. In den jeweiligen Gutachten wurde mitnichten auf mögliche negative Auswirkungen hingewiesen. Auch im Parlament waren damals keine kritischen Töne zu hören.

Als das CET-Gesetz jedoch in Kraft trat, stellte sich heraus, dass die Umsetzung der Arbeitszeitregelung mancherorts Schwierigkeiten bereitet. Dies gilt insbesondere für Verwaltungen mit Schichtdienst und unregelmäßigen Arbeitszeiten. Davon betroffen sind u.a. Staatsbedienstete, die spezifische Missionen erfüllen.

Bei der Polizei und bei der Armee wurde inzwischen ein Ausweg gefunden. Die CGFP und deren betroffene Fachverbände haben diesbezüglich mit der Regierung ein Abkommen erzielt (siehe Seiten 6-9). Die Probleme bei anderen Verwaltungen, wie etwa Rettungskräfte, Armee, Zoll, Straßenbau- und Strafvollzugsverwaltung bedürfen nach wie vor einer Lösung.

Gegen weitreichende Änderungen im Beamtenstatut

Als verantwortungsbewusster und konstruktiver Sozialpartner wollte die CGFP keineswegs untätig bleiben. In der jüngsten Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes am vergangenen 2. Juli herrschte allgemeine Übereinstimmung

darüber, dass eine vernünftige Lösung gefunden werden muss, damit künftig sämtliche Verwaltungen ihre Aufgaben wieder uneingeschränkt im Interesse der Bürger erfüllen können.

Die Zeitsparkonten als Gesamtkonzept zu kippen, nur weil es in manchen Verwaltungen vereinzelt Probleme bei der Umsetzung der Arbeitszeitregelung gibt, ist für die CGFP keine Option. Zugleich hat der CGFP-Nationalvorstand unmissverständlich klargestellt, dass er sich möglichen weitreichenden Änderungen im Beamtenstatut widersetzen werde.

Die aktuelle Arbeitszeitregelung sieht vor, dass pro Tag höchstens 8 Stunden gearbeitet werden darf. Zusätzlich dürfen maximal noch zwei Überstunden geleistet werden, sodass die tägliche Obergrenze 10 Arbeitsstunden beträgt. Auf eine Woche gerechnet, liegt die maximale Arbeitszeit demnach bei 48 Stunden.

Laut der entsprechenden EU-Richtlinie, können jedoch in einigen Fällen Ausnahmen gestattet werden. Falls erforderlich, kann z.B. der Leiter einer Verwaltung die Arbeitszeit erhöhen, um somit die Bedürfnisse seiner Behörde abzudecken. Dies geschieht allerdings unter der Voraussetzung, dass innerhalb einer festgelegten Referenzperiode die durchschnittliche 48-stündige Wochenarbeitszeit nicht überschritten wird.

Die Ausnahmefälle, die gemäß der EU-Richtlinie möglich sind, können

auch Verkürzungen bei den täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten nach sich ziehen. Die speziellen Missionen, die den Mitarbeitern abverlangt werden, müssen jedoch die in der EU-Richtlinie festgelegten Kriterien ausnahmslos erfüllen.

Richtungsweisende Maßnahmen

Sollte die Arbeitszeitregelung angepasst werden, pocht die CGFP ausdrücklich darauf, dass Vorkehrungen zum Schutz der Beschäftigten vor eventuellen Missbräuchen getroffen werden. Somit soll verhindert werden, dass die Führungsspitze einer Verwaltung nach Lust und Laune Ausnahmen zulasten der Belegschaft beschließt. Handlungsbedarf sieht die CGFP auch in Bezug auf den Nachtdienst sowie auf die Schichtarbeit, die bislang kaum geregelt ist.

Die Ausnahmen, die die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2003 zulässt, sind lediglich richtungsweisend. Sie können, müssen aber nicht umgesetzt werden. Ziel der EU-Richtlinie war es, Mindeststandards für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer zu schaffen. Dabei spielt das Statut oder die Berufsgruppe der Arbeitnehmer keine Rolle: Die EU-Direktive betrifft sowohl die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als auch jene der Privatwirtschaft!

Diese Mindeststandards sind demnach nichts anderes als Leitplanken, die vermeiden sollen, dass die Mitarbeiter völlig benachteiligt werden. Sie verhindern jedoch nicht, dass – wie bei der Polizei und der Armee geschehen – auf sektorieller Ebene Abkommen vereinbart werden, die günstigere Bedingungen beinhalten. Ein gutes Beispiel dafür ist auch das Gesetz zur Einführung der Zeitsparkonten. Die Bestimmungen des CET-Gesetzes sind vorteilhafter als jene der EU-Richtlinie. Die Aufgabe besteht jetzt darin, Sorge dafür zu tragen, dass in Zukunft auch jene Verwaltungen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten in den von der EU vorgegebenen Rahmen passen. Nach den Sommerferien wird eine paritätisch besetzte CGFP-Arbeitsgruppe diese Herausforderung annehmen.

Max Lemmer

CGFP-Agenda mit umfassendem Themenspektrum zur „Rentrée“

Zahlreiche Themen, die von größter Bedeutung sind, werden pünktlich zur CGFP-„Rentrée“ im Herbst verstärkt in den Fokus rücken. Ganz oben auf der Agenda steht die Bekämpfung der Wohnungsnot. Die CGFP will nicht länger hinnehmen, dass die Entwicklung der unteren und mittleren Einkommen nicht mehr mit dem rasanten Anstieg der Wohnpreise Schritt halten kann. Wohnen ist ein Grundrecht und dieses Grundrecht gilt es, aufrechtzuerhalten. Die CGFP bezweifelt allerdings, dass sich die Boden- und Immobilienspekulation allein durch eine Reform der Grundsteuer eindämmen lässt. Wesentlich wirksamer wäre die Einführung einer sogenannten „Spekulantesteier“.

Diese Maßnahme würde sich ausschließlich gegen jene professionellen Spekulanten richten, die in großem Ausmaß Grundstücke zwecks massiven Gewinns halten. Um dem akuten Wohnungsproblem auf den Grund zu gehen, fordert die CGFP, dass künftig jedes Jahr ein fünfprozentiger Steuersatz auf dem Marktwert des betreffenden Landbesitzes erhoben wird.

Zudem stellt die CGFP eine sehr gängige Praxis infrage: Großgrundbesitzer, die sich hierzulande weigern, hohe Steuern zu zahlen, legen häufig einen „Fonds d'investissement spécialisé“ (FIS) an. Diese FIS, die inzwischen ein Vermögen von mehr als einer halben Billion Euro in Luxemburg verwalten, lassen jede soziale Komponente vermissen. Für die CGFP ist es untragbar, dass jemand, der sein Haus verkauft, hohe Steuern

auf der Wertsteigerung zahlen muss, wohingegen FIS-Besitzer nahezu ungeschoren davonkommen. Einer zusätzlichen Senkung der „Taxe d'abonnement“, die auf den Investmentfonds eingezogen wird, erteilt die CGFP jetzt schon eine deutliche Absage.

Beim Bau von Erstwohnungen tritt die CGFP für eine Entlastung zugunsten junger Familien ein. In Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur spricht nichts dagegen, den maximalen Rückerstattungsbetrag beim superreduzierten Mehrwertsteuersatz (3 %) von derzeit 50.000 € auf 100.000 € zu erhöhen.

Das ehrgeizige Ziel der Steuerreform, das sich die Regierung für die laufende Legislaturperiode gesteckt hat, darf sich jedoch nicht einzig und allein auf wohnungspolitische Maßnahmen beschränken. Eine Anpassung der Steuertabelle an die Preisentwicklung ist längst überfällig. Geschieht dies nicht, wird sich die Steuerungerechtigkeit fortsetzen.

Die Abschaffung der Steuerklasse 1A, die insbesondere Alleinerziehende und Verwitwete finanziell hart trifft, muss ein für alle Mal aus der Welt geschafft werden. Die Regierung hat bereits bekundet, dass langfristig gesehen nur noch eine Steuerklasse beibehalten wird. Dieser an und für sich positive Ansatz darf jedoch nicht in neue steuerliche Ungerechtigkeiten münden. Im Zuge der fortschreitenden Künstlichen Intelligenz und den damit verknüpften neuen Arbeitsformen ist die Einfüh-

rung einer Digitalsteuer mehr denn je unumgänglich. Andernfalls gerät die Dreierkoalition in Erklärungsnot: Den Bürgern weismachen zu wollen, dass klassische Unternehmen zu Recht deutlich mehr zur Kasse gebeten werden, als die mächtigen Internetgiganten, dürfte ein schwieriges Unterfangen sein.

Hinsichtlich der Steuerreform ist die Geduld der CGFP begrenzt. Die einzige national repräsentative Gewerkschaftsorganisation des öffentlichen Dienstes fordert, von Beginn an bei der Ausarbeitung der Steuerreform eingebunden zu werden. Die Arbeitnehmervertreter vor vollendete Tatsachen zu stellen, würde bedeuten, dass die Steuerreform zum Scheitern verurteilt ist.

Ein weiteres Thema, dem sich die CGFP in den kommenden Monaten widmen wird, ist das Bewertungssystem beim Staat. Die Nachbesserungen, die vom vorigen Minister des öffentlichen Dienstes, Dan Kersch, in die Wege geleitet wurden, erweisen sich zunehmend als unzureichend. Angesichts dieser Tatsache kommen für die CGFP nur zwei Optionen infrage: Entweder werden zusätzliche Sicherheitsventile eingebaut, um jede Form von Willkür und Diskriminierung zu unterbinden, oder das Bewertungssystem wird integral abgeschafft. Die jetzige Vorgehensweise lässt leider noch immer zu viel Spielraum für Günstlingswirtschaft übrig ist und für die CGFP jedenfalls keine Dauerlösung.

ml

CGFP, SPAL und APOL erzielen Abkommen mit der Regierung

Die Armee wieder auf Vordermann bringen

Bei der jüngsten Generalversammlung des „Syndicat Professionnel de l'Armée Luxembourgeoise“ SPAL im Mai hagelte es Kritik. Die Liste der Beschwerden war lang. Sorgen bereitete der Gewerkschaft vor allem der akute Personalmangel. Auch wenn sich die neuen Arbeitszeitregelungen in vielen Staatsverwaltungen positiv ausgewirkt haben, erwies sich deren Umsetzung jedoch in vereinzelten Bereichen, wie etwa bei der Armee, schwieriger. Auf Druck der CGFP hin, erklärte sich der Verteidigungsminister bereit, mit allen betroffenen Akteuren nach Lösungen zu suchen. Das soeben mit der Regierung erzielte Abkommen soll es der Armee wieder ermöglichen, ihre Aufgaben uneingeschränkt wahrzunehmen.

Als US-Präsident Donald Trump beim letztjährigen NATO-Gipfel in Brüssel die Verbündeten dazu aufrief, 4 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung auszugeben, schreckte Europa auf. Die NATO-Partner hatten bereits 2014 den Entschluss gefasst, spätestens 2024 jedes Jahr mindestens 2 % des BIP für das Verteidigungsbudget zur Verfügung zu stellen. Doch von dieser Zielsetzung sind derzeit viele Staaten weit entfernt.

Die Anhebung der finanziellen Mittel ist jedoch ein Klacks im Vergleich zu den Herausforderungen, die es beim Personalbestand gibt. Bereits heute kämpfen zahlreiche Streitkräfte um jeden einzelnen Soldaten. Dies gilt auch für Luxemburg.

Bei der Generalversammlung der Armeegewerkschaft SPAL im vergangenen Mai hatten der Vorsitzende



Das Verhandlungsgeschehen der CGFP und ihrer Mitgliedsorganisationen trug seine Früchte: Der Streit um die Arbeits- und Ruhezeit konnte nach wochenlangem Tauziehen beigelegt werden.

Christian Schleck sowie Generalsekretär Jean-Claude Betz deutliche Warnsignale an die Politik gesendet. Seit Jahren ist es ein offenes Geheimnis, dass die aktuelle Anzahl der Soldaten nicht dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimum entspricht.

Immer häufiger würden die Armeeeingehörigen durch zusätzliche Aufgaben belastet, ärgerte sich Schleck damals: „Viele Soldaten werden verheizt!“ Zahlreiche Armeeeingehörige müssten sich nach Dienstplänen richten, die eindeutig gegen die neuen Arbeitszeitbestimmungen verstießen.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Arbeitszeitregelung wurde der Personalmangel bei der Armee noch offensichtlicher als zuvor. Wie schon zuvor bei der Polizei, rief die CGFP Verteidigungsminister François Bausch schriftlich dazu auf, ein Treffen mit allen betroffenen Akteuren einzuberufen.

Eine erste Unterredung fand am vergangenen 11. Mai statt. Neben der Armeeführung saßen damals auch Vertreter der CGFP, des „Syndicat Professionnel de l'Armée“ (SPAL) und der „Association Professionnelle des Officiers“ (APOL) am Verhandlungstisch. Angesichts des hohen Arbeitspensums bei der Armee räumten sowohl der zuständige Ressortchef als auch die Armeeverantwortlichen ein, dass man sich derzeit nicht mehr im gesetzlichen Rahmen bewege.

Die auf einer EU-Richtlinie beruhende Arbeitszeitregelung, die ein Bestand-

teil des Gesetzes zur Einführung der Zeitsparkonten ist, sieht vor, dass maximal acht Stunden pro Tag gearbeitet werden darf. Zusätzlich dürfen täglich höchstens zwei Überstunden geleistet werden. Die maximale wöchentliche Arbeitszeit beträgt demnach 48 Stunden – Überstunden inbegriffen. Insbesondere in den staatlichen Verwaltungen mit Schichtdienst gestaltet sich die Umsetzung dieser Neuregelung jedoch eher schwierig. Dies traf u.a. auch auf die Armee zu.

Bereits zuvor war der EU-Gerichtshof zu dem Schluss gelangt, dass nicht das Statut, sondern die Arbeit entscheidend für den Anwendungsbereich der entsprechenden EU-Richtlinie ist. Die Direktive bezieht sich demnach auf ALLE Beschäftigten. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere oder sonstige Staatsbedienstete handelt.

Die Gewerkschaftsvertreter blieben standhaft: Völlig zurecht pochten sie auf eine zeitnahe endgültige Lösung, die sich möglichst nahe an die EU-Richtlinie lehnt und die Betroffenen vor einer systematischen Überlastung schützt. In puncto Arbeitspensum sind die freiwilligen Soldaten meistens mit den öffentlich Bediensteten gleichgestellt. In Anbetracht dieser Tatsache lag es auf der Hand, dass auch die Freiwilligen künftig in den Genuss der neuen Regelungen fallen (siehe Kasten).

Handlungsbedarf bestand auch bei Manövern und friedenserhaltenden

Missionen im Ausland („fonctionnement hors norme“). Die gesetzlich vorgeschriebenen Kompensationen wurden nach oben angepasst. Außerdem haben sich die Verhandlungspartner auf Ausnahmeregelungen geeinigt. Ziel war es, derartige Einsätze mit dem Gesetz in Einklang zu bringen und somit die Sicherheit der militärischen Kontingente vor Ort zu gewährleisten.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens zeigte sich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff darüber erfreut, dass den Beschwerden der Gewerkschaftsvertreter nun endlich Rechnung getragen werde. Zugleich betonte er mit Nachdruck, dass es höchste Zeit sei, die Probleme, die es bezüglich der Arbeitszeitregelung noch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes gibt, anzugehen. Die erforderlichen punktuellen Anpassungen müssten zügig vorgenommen werden, forderte Wolff. Sollte es sich als notwendig erweisen, würde die CGFP nicht zögern, den betroffenen CGFP-Fachverbänden bei den anstehenden Verhandlungen die nötige Rückendeckung zu geben.

SPAL-Präsident Christian Schleck bezeichnete das Abkommen als einen Schritt in die richtige Richtung. Zum Schluss seien die Verhandlungen bei der Armee zügig vorangeschritten. Das bei der Polizei ausgehandelte Abkommen, das als Vorlage gedient hatte, habe einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, so Schleck. Es sei zudem begrüßenswert, dass die Belange der freiwilligen Soldaten berücksichtigt worden seien. Der Vorsitzende der Armeegewerkschaft erhofft sich dadurch, einen deutlichen Schub bei den künftigen Einstellungen.

Mit der getroffenen Übereinkunft lasse sich die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2003 besser umsetzen, betonte APOL-Präsident David Lesch. Nichtsdestotrotz müsse man viel Wert auf die Umsetzbarkeit legen. Die Armee müsse einsatzfähig bleiben. Für die Gewerkschaft der Offiziere sei das vereinbarte Abkommen auch Bestandteil eines Gesamtpaketes, das in ein neues Gesetz zur Organisation der Armee münde.

Max Lemmer

Die Schwerpunkte des Abkommens

Die Gewerkschaftsvertreter wollten sich keineswegs auf halbherzige Lösungsansätze einlassen. In den vergangenen Jahren wurde lediglich versucht, die Probleme durch kleine sporadische Anpassungen zu umschiffen. Aus diesen zaghaften Änderungen ergab sich ein Flickenteppich. Die Leidtragenden waren dabei die Soldaten, die aus Loyalität, Gewissenhaftigkeit und Pflichtbewusstsein seit Jahren versuchen, aus der miserablen Lage das Beste für die Armee zu machen. Fakt ist, dass sie regelmäßig wesentlich mehr Arbeitsstunden aufzuweisen hatten, als die vom Gesetz vorgesehene Obergrenze.

Mit Nachdruck haben die Gewerkschaftsvertreter deshalb betont, dass diese untragbaren Praktiken aufhören müssten – je schneller, desto besser! Denn es gibt keinen plausiblen Grund, warum für Soldaten andere Regeln gelten sollten, als für andere Arbeitnehmer.

So muss z.B. die in der EU-Richtlinie festgelegte elfstündige Ruhezeit bei JEDEM angewandt werden. Die Befürchtung, dass andernfalls das gesamte System kollabiere, rechtfertigt die bisherigen systematischen Verstöße gegen die Arbeitszeitregelung nicht.

Das Abkommen (www.cgfp.lu/documents.html) sieht unter anderem die Einführung einer Referenzperiode von im Prinzip 4 Monaten vor. Diese dient dazu, die maximale Wochenarbeitszeit zu berechnen. In diesem Zeitraum darf die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 48 Stunden betragen – einschließlich Überstunden. Die tägliche Arbeitszeit darf inklusive Überstunden höchstens zehn Stunden ausmachen.

Nur in ganz bestimmten Ausnahmefällen kann die Arbeitszeit pro Tag auf 12 Stunden angehoben werden, z.B. zur Durchführung von spezifischen Missionen oder Treffen im Ausland. Derartige Überschreitungen dürfen jedoch während der festgelegten Referenzperiode höchstens vier Mal vollzogen werden.

In äußerst seltenen Fällen darf sogar mehr als 12 Stunden täglich gearbeitet werden. Derartige Praktiken dürfen jedoch keineswegs zur Regel werden, um somit den Personalmangel zu kompensieren. Der Mehraufwand wird zudem

gebührend kompensiert: Jede Stunde, die über die tägliche zwölfstündige Obergrenze hinausgeht, wird doppelt verrechnet.

Die wöchentliche Ruhezeit von 35 Stunden wird auf der Grundlage eines Bezugszeitraums von 14 Tagen berechnet. Die Ruhezeit darf lediglich in klar definierten Ausnahmefällen gekürzt werden. Nur so lässt sich verhindern, dass immer mehr junge und kompetente Menschen Desinteresse gegenüber der Armee zeigen. Es darf nicht darauf hinauslaufen, dass Personen, die über das ideale Profil für eine Laufbahn bei der Armee verfügen, dennoch einen Posten in einer anderen Verwaltung vorziehen.

Armeeeingehörige, die zu Hause im Bereitschaftsdienst sind, können zwischen einer finanziellen Entschädigung und einem Kompensationsurlaub wählen, mit dem das Zeitsparkonto gespeist wird. Den freiwilligen Soldaten steht in dem besagten Fall ein Ausgleichsurlaub zu. Mit dem Abkommen wird außerdem die Nachtarbeit (22:00-06:00 Uhr) besser geregelt. Im Durchschnitt darf innerhalb von 7 Tagen nicht mehr als 8 Stunden pro Dienstschrift gearbeitet werden. Das Abkommen sieht zudem einen mehrjährigen Rekrutierungsplan vor (siehe Kasten Seite 7).

Der am vergangenen 12. Juli erzielte Durchbruch beim Streit um die Arbeits- und Ruhezeit bezieht sich u.a. auf die Berufssoldaten und auf die Angehörigen der Militärmusik. Anders als bislang, werden jetzt auf Drängen der Gewerkschaften auch die freiwilligen Soldaten mit einbezogen. Die Freiwilligen, die über zeitlich begrenzte Arbeitsverträge verfügen, können sich zudem ihre Überstunden nach Ablauf der Dienstzeit auszahlen lassen. Jene, die eine berufliche Laufbahn innerhalb der Armee einschlagen, können frei entscheiden, ob sie sich die Überstunden auszahlen lassen oder das Zeitsparkonto damit speisen.

Ein Großteil dieser Maßnahmen kann sofort ohne Gesetzesänderung in Kraft treten. Im November soll ein allgemeines Rahmengesetz im Parlament hinterlegt werden. Die Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen wird künftig von einem Kontrollausschuss überprüft. Dieses Gremium setzt sich u.a. aus Vertretern des Ministeriums, der Gewerkschaften und des Militärstabs zusammen. ml



Foto: Lëtzeburger Armée



Foto: Lëtzeburger Armée

Personalbestand der Armee wird drastisch erhöht

Die Wurzel des Problems bei der Armee sind die chronischen personellen Engpässe. Nach Einschätzung des SPAL-Präsidenten Christian Schleck fehlen derzeit rund 40 Prozent der im Freiwilligendienst benötigten Soldaten. Ein ähnliches Bild zeichnet sich in anderen militärischen Laufbahnen ab. Der Personalmangel macht sich sowohl bei den Berufssoldaten als auch bei den Unteroffizieren und Offizieren bemerkbar. Die dünne Personaldecke hat der Armee ein zunehmend schlechtes Image beschert.

Um die immer wiederkehrenden Diskussionen über verkürzte Ruhezeiten und vermehrte Überstunden zu beenden, gab die Regierung ihr Einverständnis für einen mehrjährigen Einstellungsplan. Bis 2023 werden netto 180 zusätzliche militärische und zivile Posten geschaffen. Zusätzlich zur normalen Rekrutierung werden jedes Jahr 15 zivile Angestellte und 30 Militärs angeworben.

Damit die Einstellungsbestrebungen fruchten, müssen jedoch dringend Maßnahmen ergriffen werden, die die Armee attraktiver gestalten. Die Soldaten im Freiwilligendienst sind sehr wohl bereit, sich in den Dienst des Landes zu stellen. Nichtsdestotrotz brauchen sie berufliche Perspektiven für die Zeit nach dem Ablauf ihres befristeten Arbeitsvertrags.

Die Armee kann die besorgniserregende Personallücke nur schließen, wenn die Politik gewillt ist, innerhalb der Armee ausreichende Berufsmöglichkeiten zu schaffen. Bewirbt man sich z.B. für eine Stelle bei der Post oder bei der Polizei, ist kein Militärdienst mehr erforderlich. Anders als in der Vergangenheit sind demnach mehrere Laufbahnen nicht mehr den Soldaten vorbehalten, die ihren Militärdienst geleistet haben. Dieser Praxis gilt es rasch entgegenzusteuern.

Neulich hat die Regierung ein Pilotprojekt gestartet, das darauf abzielt, öffentliche Gebäude und Ministerien von Armeeingehörigen überwachen zu lassen. Zurzeit werden vorwiegend private Sicherheitsfirmen dafür eingesetzt. Nach eigenem Bekunden ist Minister Bausch ein bekennender Privatisierungsgegner der öffentlichen Sicherheit. Die Überwachung von staatlichen Gebäuden durch die Armee könnten die freiwilligen Soldaten als Berufseinstieg nach ihrer Ausbildung nutzen. Die auf öffentlichem Recht beruhende Laufbahn, die nach einer Übergangsphase dafür geschaffen werden soll, könnte ein zusätzlicher Ansporn sein, sich für den Freiwilligendienst bei der Armee zu bewerben.

Dieser Schritt ist sicherlich ein guter Ansatz. Weitere Maßnahmen müssen folgen, um die Armee personell ausreichend auszustatten. Die hohe Misserfolgsrate bei den Aufnahmeprüfungen erweist sich als ernstzunehmende Hürde bei der Rekrutierung. Viele Kandidaten schaffen die Sportprüfungen nicht. Andere wiederum scheitern an den Sprachtests. Die Leistungen, die zum Bestehen der Prüfungen erforderlich sind, müssen schnellstmöglich einer sorgfältigen Analyse unterzogen werden.

Um die Examina besser den heutigen Anforderungen anzupassen, muss an allen möglichen Stellschrauben gedreht werden. Der Versuch, den Nachwuchsmangel zu bekämpfen, indem man den Schwierigkeitsgrad der Examina senkt, halten die CGFP und ihre betroffenen Fachverbände jedoch für falsch. Unter keinen Umständen darf es zu einem Qualitätsverlust bei der Armee kommen. Dies gilt im Übrigen auch für den gesamten öffentlichen Dienst!

ml



Entdecken Sie die bioklimatische Pergola in unserem Showroom.

METALICA EST
AMBASSADEUR
RENSON AU
LUXEMBOURG

RENSON
Creating healthy spaces

SHOWROOM

MONTAG BIS FREITAG: 9-19 UHR | SAMSTAG: 9-16.30 UHR

181, rue de Luxembourg L-4222 ESCH/ALZETTE

Tél. +352 55 21 56 | Fax: +352 55 74 14 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Bei der Polizei kehrt wieder Ruhe ein!

Einigung zwischen Gewerkschaften und Regierung

Monatelang rumorte es bei der Polizei. Akuter Personal-mangel, chronische Arbeits-überlastung und zunehmend schlechtere Arbeitsbedingun-gen sorgten für Unmut. Der Streit zwischen der Regie-rung und den Gewerkschaften konnte nach schwierigen Ver-handlungen am vergangenen 17. Juni beigelegt werden.

Die CGFP sowie deren be-troffene Fachverbände haben mit den zuständigen Ministern Marc Hansen und François Bausch zwei Abkommen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterschrieben. Das Her-zstück dieser Einigung ist ein mehrjähriger Einstellungsplan bei der Polizei. Zudem wird festgehalten, welche Ausnah-men bei der Arbeitszeitrege-lung künftig gelten. Eine Reihe von Kompensationsmaßnah-men sollen eine sofortige Ent-lastung der Polizeibeamten ermöglichen.

Die komplizierten Arbeitsabläufe bei der Polizei stellen eine wahre Herausforderung dar. Unvorhersehbare Einsätze wirbeln die Dienstpläne durcheinander.



Unregelmäßige Arbeitszeiten, die sich auf 3 Schichten ausdehnen, gehören zum Alltag vieler Polizeibeamten. Je nachdem, welche Zwischenfälle sich ereignen, endet der Dienst wesentlich später als ursprünglich geplant. Rund um die Uhr stellt sich die Polizei das ganze Jahr über in den Dienst der Bürger.

Menschen, die diesen beruflichen Weg einschlagen, kommen diesen Anforderungen von Anfang an nach. Ruhe-störung, häusliche Gewalt, Verkehrsdelikte – häufig geraten Streifenpolizisten in eine unbequeme Lage. Eskaliert eine Situation, müssen sie mit viel Finger-spitzengefühl versuchen, die Gemüter zu beruhigen. Auf ihren Schultern lastet eine große Verantwortung, gilt es doch, die öffentliche Sicherheit zu gewährleis-ten. Folglich herrschen in einem Polizei-korps andere Arbeitsbedingungen als in einer staatlichen Verwaltung mit festen Öffnungszeiten.

Im Zuge der neuen Arbeitszeitbestim-mungen, die im Oktober vergangenen Jahres in Kraft getreten sind (siehe Seite 5), hat sich die Lage bei der Po-lizei zunehmend verschlechtert. Dies veranlasste die CGFP, zusammen mit ihren betroffenen Fachverbänden auf eine zeitnahe politische Lösung zu drän-gen. Der Dachverband aller öffentlich Bediensteten war stets darum bemüht, sowohl das „Syndicat National de la Police Grand-Ducal (SNPGL) als auch die „Association du cadre supérieur de la Police“ (ACSP) und das „Syndicat du personnel civil de la police grand-ducale“ (SPCPG) bei all ihren Bestre-bungen Rückendeckung zu geben.

Nach mehreren Unterredungen mit den für den öffentlichen Dienst und für die innere Sicherheit zuständigen Minis-tern, Marc Hansen und François Bausch, konnten die schwierigen Verhandlungen endlich erfolgreich abgeschlossen wer-den. Die beiden soeben unterzeichneten

Abkommen sind äußerst facettenreich. Einige Punkte betreffen lediglich die Po-lizei, wohingegen andere sich auf den gesamten öffentlichen Dienst beziehen (siehe untenstehenden Kasten Seite 9). Nicht alle Maßnahmen können jedoch sofort umgesetzt werden, da zuvor die entsprechenden Gesetzestexte bzw. die großherzoglichen Verordnungen ange-passt werden müssen.

Die Umsetzung der Abkommen wird zeigen, ob das Maßnahmenbün-del praxistauglich ist und somit den Erwartungen gerecht wird. Mit Nach-druck besteht die CGFP darauf, dass der künftige Kontrollausschuss darüber wacht, ob die getroffene Vereinbarung in vollem Umfang eingehalten wird. Diese Fachgruppe setzt sich aus Vertretern des zuständigen Ministeriums, der Po-lizeigeneraldirektion und den Gewerk-schaften zusammen. Sollte sich nach einem Jahr herausstellen, dass wei-terer Handlungsbedarf besteht, darf nicht gezögert werden, die punktuellen Schwachstellen rasch zu beheben.

Ein Großteil der im Abkommen vorge-sehene Maßnahmen kann sofort angewandt werden. Jene Punkte, die al-lerdings Änderungen auf gesetzgeberi-scher Ebene voraussetzen, können erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden. Folglich dürfte bei der Polizei endlich wieder Ruhe einkehren, sodass die Beamten ihre Arbeit im Interesse der Bürger gewissenhaft verrichten können.

Die Ruhezeiten, die Kompensationen und die Anerkennung, die sie fortan bei ihrer Berufsausübung erhalten, bilden eine gute Grundlage, um die schwie-

SINUOSA,
UNE CUISINE EXCEPTIONNELLE
UNIQUEMENT POUR VOUS !

Effe ti
CUCINE UNICHE

2500€ D'ACCESSOIRES OFFERTS,
DÈS 20.000€ D'ACHAT*

*OFFRE VALABLE JUSQU'AU 31/08/2019 INCLUS - CONDITIONS DISPONIBLES AU MAGASIN

117, route d'Arlon • L-8009 Strassen (ancien local Miele die Küche) • Tél. +352 26 11 92 16 • info@effeti.lu • www.effeti.lu

Miele **SUB-ZERO** **WOLF** **GAGGENAU** **SIEMENS** **ULIPONT CORIAN**

Ein mehrjähriger Einstellungsplan soll Abhilfe schaffen

Seit Jahren plagen personelle Engpässe die Polizei. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Infolge des starken Bevölkerungswachstums reichen die derzeit rund 2.350 Polizeibeamten längst nicht mehr aus.

Angesichts dieser rasanten Entwicklung kann niemand leugnen, dass der Polizeiapparat dringend den heutigen Gegebenheiten angepasst werden muss. Gegenüber der CGFP und deren betroffenen Mitgliedsorganisationen hat die Regierung sich dazu verpflichtet, einen Einstellungsplan für die Jahre 2020-2022 umzusetzen.

Minister Bausch und die Polizeigewerkschaften haben sich darauf verständigt, dass binnen drei Jahren netto zusätzliche 607 Polizisten und 240 Zivilisten rekrutiert werden. Bereits im Haushaltsentwurf 2020 sind finanzielle Mittel für insgesamt 287 Neueinstellungen vorgesehen.

Ab 2023 wird sich zeigen, ob der Dreijahresplan ausreicht, um den chronischen Personalmangel bei der Polizei zu beheben. Falls erforderlich, werden weitere Einstellungen, zusätzlich zum Ersatz von normalen Abgängen, in Betracht gezogen.

SNPGL-Präsident Pascal Ricquier gab neulich in einem Interview zu bedenken, dass die Neueinstellung von 600 Polizeibeamten nicht ausreichen werde. Zudem könnten die 600 Polizisten, die jetzt rekrutiert werden, aufgrund ihrer Ausbildung den Dienst erst in sechs Jahren antreten. Laut SNPGL-Angaben fehlen derzeit schon rund 1.130 Beamte bei der Polizei.

Neues Gebäude für die Polizeischule

Angesichts der bevorstehenden Einstellungswelle drängt sich ein Neubau der Polizeischule auf. Anders als jedoch geplant, wird diese nicht in Monnerich, sondern auf Verlorenkost errichtet. Minister Bausch verkündete neulich, dass das Polizeimuseum in den Neubau integriert wird. Die Nähe zum Hauptkommissariat der Polizei wird es ermöglichen, sinnvolle Synergien zu schaffen. Damit die Ausbildung unter bestmöglichen Bedingungen stattfindet, sollen bald zusätzliche Instrukteure angeworben werden. In einer Übergangsphase sind Containerstrukturen vorgesehen.

Die hohe Misserfolgsrate bei den Zulassungsprüfungen für die Polizeischule hat das gravierende Nachwuchsproblem verschärft. Um Abhilfe zu schaffen, werden die Tests, in enger Abstimmung mit dem Ministerium für den öffentlichen Dienst, einer gründlichen Analyse unterzogen. Die Examina werden besser auf die Bedürfnisse der Polizei zugeschnitten, ohne dass es dabei zu einem Leistungsverfall kommt. Des Weiteren wurde inzwischen eine großangelegte öffentliche Rekrutierungskampagne gestartet, die der Öffentlichkeit die vielen Berufsbilder der Polizei vor Augen führen soll.

ml

Neue Kompensationsmaßnahmen, die ihre Wirkung nicht verfehlen dürfen

Die CGFP, deren betroffene Fachverbände und die Regierung haben sich darauf geeinigt, welche Ausnahmen bei der Arbeitszeitregelung künftig möglich sind (www.cgfp.lu/documents.html). Die Referenzperiode zur Berechnung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit beträgt 4 Monate. In verschiedenen Abteilungen der Polizei darf die tägliche Arbeitszeit auf zwölf oder sogar mehr Stunden angehoben werden. Die dafür erforderlichen Kriterien müssen peinlich genau eingehalten werden.

Für die meisten Beamten ist z.B. eine Rückführung von Flüchtlingen mit mindestens einer Übernachtung im Ausland verbunden. In derartigen Fällen beträgt die Arbeitszeit weitaus mehr als 12 Stunden. Die gleiche Situation trifft u.a. auch auf unvorhergesehene Ereignisse zu, die einen Großeinsatz der Polizei erfordern. Jene Polizeibeamte, die dazu beitragen, diese spezifischen Bedürfnisse abzudecken, erhalten eine Gegenleistung. Ab der 13. Arbeitsstunde wird jede geleistete Stunde doppelt angerechnet.

Die Ruhezeit zwischen zwei Dienstzeiteinsätzen liegt in der Regel bei 11 Stunden. In streng geregelten Ausnahmefällen kann sie jedoch auf 8 Stunden gekürzt werden. Um diese Einbußen auszugleichen, sind auch hier Kompensationen vorgesehen. Die betroffenen Beamten werden durch zusätzliche freie Stunden oder durch die Ausbezahlung von Prämien entschädigt.

Polizeibeamte, die das ganze Jahr über Schichtdienst leisten, erhalten zudem fünf zusätzliche freie Tage. Die Ausgleichsruhezeit wird zum Jahresende gewährt und dem Zeitsparkonto zugeordnet.

Bislang erhielten Staatsbedienstete, die während 7 Tagen im Bereitschaftsdienst waren, 90 € brutto. Dieser Betrag wird nun verdoppelt. Genau wie alle anderen Mitarbeiter des Staates haben künftig auch die Polizeibeamten die Wahl: Entweder sie lassen sich die Prämie ausbezahlen oder sie speisen das Zeitsparkonto mit den erhaltenen Kompensationen.

Öffentlich Bedienstete, die pro Jahr eine gewisse Anzahl von Stunden unregelmäßig arbeiten, steht außerdem eine „prime d'astreinte“ zu. Der Stundensatz dieser Prämie wird um 10 % erhöht. Von dieser Maßnahme profitieren insgesamt rund 4.500 Staatsbedienstete.

Auch bei kurzfristigen Änderungen des Arbeitsplans (weniger als 3 Tage vor Dienstbeginn) werden die Betroffenen beim Staat zusätzlich entschädigt. Die geleisteten Arbeitsstunden, werden mit einem Koeffizienten von 1,2 multipliziert und vergütet. Im Klartext: Ein Staatsbediensteter, der 8 Stunden arbeitet, bekommt als Ausgleich 9,6 Stunden angerechnet.

ml

rigen Missionen des Alltags fernab von konfliktinternen Spannungen zu bewältigen. Vor der Presse versicherte Polizeigeneraldirektor Philippe Schrantz, er habe „ein gutes Bauchgefühl“, was das Erreichen der gesteckten Ziele betrifft: „Eine Polizei, die nicht über das nötige Personal verfügt, kann nicht funktionieren.“ Die CGFP kann dieser Einschätzung nur zustimmen.

„Bei dem ausgehandelten Kompromiss handelt es sich um ein grundsätzlich gutes Abkommen“, betonte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger nach der Unterzeichnung der beiden Abkommen. Gleich zu Beginn der Verhand-

lungen habe der Berufsverband aller öffentlich Bediensteten viel Wert daraufgelegt, dass ein rund um die Uhr reibungsloser Arbeitsablauf bei der Polizei sichergestellt werde.

„Die CGFP wollte nicht mehr länger hinnehmen, dass Mängel aus der Vergangenheit einzig und allein auf dem Buckel der Polizeibeamten ausgetragen werden“, so Heiliger. Bei der Polizei sei ein Großteil der bestehenden Schwierigkeiten auf den Personalmangel zurückzuführen. Umso erfreulicher sei es, dass die Regierung in den kommenden 3 Jahren mit massiven Einstellungen das Problem bekämpfen wolle (siehe nebenstehenden Kasten).

Max Lemmer



Fotos: Police Grand-Ducale

MON PATRIMOINE GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE À LUXEMBOURG

- ☑ MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- ☑ LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- ☑ MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- ☑ LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- ☑ MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.



EUROPEAN
PRIVATE BANKERS

Luxembourg | Diekirch | Mersch | Canach | Ettelbruck | T 26 44 13 88 | b-immobilier.lu



*Cherchons terrains
et vieilles maisons à rénover.
Réalisation de nouveaux projets immobiliers.*



snaidero
CUCINE PER LA VITA

by
KITCHEN Store

**MACHINE À CAFÉ ENCASTRABLE SIEMENS OFFERTE
À L'ACHAT D'UNE CUISINE DE 25 000 € ET PLUS
+ 1000 € D'ACCESSOIRES AU CHOIX**



OFFRES VALABLES JUSQU'AU 31/08/2019 INCLUS *CONDITIONS DISPONIBLES AU MAGASIN

204, Route d'Arlon • L-8010 Strassen
Tél (00352) 26 11 98 50 • www.kitchenstoreluxembourg.com

„Die Zukunft der Arbeit wird das Ergebnis unserer Entscheidungen sein“

Internationale Arbeitsorganisation in Genf feiert einhundertjähriges Bestehen

„Social Justice, Decent Work: 100 Years of the ILO!“ Die großflächigen Plakate entlang der Fußgängerpromenade am Genfer See machen es deutlich: Als erste Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf feiert die Internationale Arbeitsorganisation, kurz ILO, in diesem Jahr ihr einhundertjähriges Bestehen. Dass ausgerechnet in diesem Jahr viel Politprominenz aus zahlreichen Ländern bei der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf anwesend war, erstaunt demnach nicht. Über 40 Staats- und Regierungschefs, unter ihnen Russlands Ministerpräsident Dmitri Medwedew, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident Emmanuel Macron und die (zu dem Zeitpunkt noch) britische Premierministerin Theresa May waren aus diesem Anlass nach Genf gekommen, um, wie es hieß, „über die Zukunft der Arbeit zu debattieren.“ Von Luxemburger Seite hatten neben den Sozialpartnern, unter ihnen die CGFP-Vertreter Romain Wolff und Claude Heiser, gleich drei Regierungsmitglieder den Weg in die Schweiz gefunden: Arbeitsminister Dan Kersch, Finanzminister Pierre Gramegna und Premierminister Xavier Bettel, dessen Vortrag über „die Zukunft der Arbeit aus rein luxemburger Sicht“ nicht nur bei der luxemburgischen Delegation, sondern vor einem weltweiten Publikum auf großes Interesse stieß.

Auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut

„Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“, heißt es im Präambel der ILO-Verfassung aus dem Jahre 1919. Ganz nach diesem Leitfaden gehören auch heute noch „die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialnormen, insbesondere der Kernarbeitsnormen, die soziale und faire Gestaltung der Globalisierung sowie die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit als eine zentrale Voraussetzung für die Armutsbekämpfung“ zu den Schwerpunkten der Arbeit der ILO. Dabei verfügt die ILO über eine dreigliedrige Struktur, die auf UN-Ebene einzigartig ist: So sind die UN-Mitgliedstaaten durch Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter in allen Organen der ILO vertreten.

Auch heute noch, 100 Jahre nach der Gründung der ILO, die ihre Tätigkeit am 11. April 1919 auf der Friedenskonferenz in Versailles aufgenommen hat, bleibt die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen erste Zielsetzung der Internationalen Arbeitsorganisation. Ein Blick auf die offizielle Internetseite der ILO (www.ilo.org) gibt Aufschluss:

„Die grundlegende Zielsetzung der ILO ist in ihrer Verfassung von 1919 fixiert: die Sicherung des Weltfriedens durch eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen. Zu den besseren Arbeitsbedingungen in allen Mitgliedsländern kommt jedoch ein internationaler Aspekt hinzu: Mit weltweit anerkannten Sozialstandards soll verhindert werden, dass sich einzelne Teilnehmer am internationalen Handel durch Abbau von Arbeitnehmerrechten und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Vorteile verschaffen. Dahinter steht die Idee, dass nur durch eine internationale Vernetzung des sozialpolitischen Regelwerks faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden können. Im Zentrum dessen stehen die Normensetzung der ILO, die Entwicklungszusammenarbeit und eine regelmäßige Bestandsaufnahme durch Forschung.“



Menschenwürdige Arbeit für alle

Der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation, Guy Ryder, blickt jedenfalls optimistisch in die Zukunft:

„Die Politiker teilen die Vision des ILO-Gründers Albert Thomas. Sie sind davon überzeugt, dass es eine menschenwürdige Arbeitswelt für alle geben kann, in der Unternehmen und Arbeitnehmer erfolgreich sind und in der sich die Gesellschaften weiterentwickeln“, sagt er recht zuversichtlich.

Um die Rechte der Arbeitnehmer zu gewährleisten und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sicherzustellen, sieht die ILO-Verfassung von 1919 als Hauptaufgabe die Erarbeitung internationaler Arbeits- und Sozialnormen vor, die – ähnlich wie Brüsseler Richtlinien für die EU-Mitgliedstaaten – bindend sind für die Unterzeichnerstaaten, und das weltweit. Wie eine gesetzgebende Instanz geht die ILO seit ihrer Gründung demnach Fragen an, die zuvor innere Angelegenheiten waren und in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Staaten fielen.

Erneuert und erweitert wurden die Grundprinzipien und Aufgabenbereiche der ILO übrigens 1944 in der sogenannten „Erklärung von Philadelphia“. Zentrale Punkte in diesem Grundsatzpapier waren die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Armutsbekämpfung und der Dialog zwischen Regierungen und Sozialpartnern. Ganz im Sinne des Gleichheitsprinzips hieß es in dieser Erklärung im Wortlaut:

„Alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts haben das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Freiheit in Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben.“

Weiter heißt es in dieser Erklärung:

- Arbeit ist keine Ware;
- Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit sind wesentliche Voraussetzungen beständigen Fortschritts;
- Armut, wo immer sie besteht, gefährdet den Wohlstand aller;
- Der Kampf gegen die Not muss innerhalb jeder Nation und durch ständiges gemeinsames internationales Vorgehen unermüdlich weitergeführt werden, wobei die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sich gleichberechtigt

mit den Vertretern der Regierungen in freier Aussprache und zu demokratischen Entscheidungen zusammenfinden, um das Gemeinwohl zu fördern.

Noch heute werten internationale Beobachter den Umstand, dass diese Erklärung mitten im Zweiten Weltkrieg verabschiedet wurde, als „bemerkenswert“. Auch die in den Folgejahren getroffenen Beschlüsse hatten stets einen besseren Schutz der Arbeitnehmer und die Achtung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen zum Ziel gehabt. Die „Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei ihrer Arbeit“ aus dem Jahre 1998 beispielsweise unterstreicht die Bedeutung der Kernarbeitsnormen – Vereinigungsfreiheit, Diskriminierungsverbot, Beseitigung der Kinder- und Zwangsarbeit – als Grundprinzipien der ILO bei all ihren Aktivitäten. Ziel war es, die Kernarbeitsnormen als universelle Menschenrechte anzuerkennen und ihnen somit den so wichtigen Grundrechtsstatus zu geben. Die erst 2008 verabschiedete „Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung“ präzisiert indes „die Aufgabe, die der ILO im Zeitalter der Globalisierung zufällt, und schafft ein Fundament, von dem aus die ILO ihre Mitglieder besser bei ihren Bemühungen um ökonomischen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit unterstützen kann“ (siehe unter www.ilo.org). Und die im September 2015 von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unterzeichnete Agenda 2030 enthält nunmehr ebenfalls das klar formulierte Ziel, menschenwürdige Arbeit für alle zu fördern.

Klage vor Internationalem Arbeitsamt

Wenn die Kernarbeitsnormen der ILO als „qualitative Sozialstandards“ international anerkannt sind und somit den Charakter von universellen Menschenrechten haben, bildet das Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation die zuständige Gerichtsbarkeit bei Verstößen. In jüngster Vergangenheit, genauer gesagt im Jahre 2006, hat zuletzt ein CGFP-Fachverband, unterstützt vom Berufsverband aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten, Klage vor dem Internationalen Arbeitsamt in Genf wegen Verstößen gegen die ILO-Arbeitskonventionen erhoben.

Genauer gesagt ging es damals bei der Auseinandersetzung innerhalb der Luxemburger Zentralbank um die formale Anerkennung der „Association

professionnelle du personnel de la BCL“ (A-BCL) als Personalvertretung. Nachdem alle einstigen Bemühungen ergebnislos geblieben waren, hatte die A-BCL, eine seit langen Jahren anerkannte Mitgliedsorganisation der CGFP, ihre Anknüpfung, die durch die Verfassung gewährleisteten Gewerkschaftsrechte auf juristischem Wege einzuklagen, wahr gemacht. Hauptgegenstand der vor dem in dieser Frage in erster Linie zuständigen Verwaltungsgericht eingereichten Klage war die willkürliche Verweigerung der damaligen BCL-Generaldirektion, die A-BCL formal als Personalvertretung anzuerkennen. In der parallel dazu vor dem Internationalen Arbeitsamt in Genf eingereichten Anklageschrift warf die A-BCL dem Luxemburger Staat eine gravierende Verletzung der von Luxemburg unterzeichneten grundlegenden internationalen ILO-Arbeitskonventionen vor. Berufen wurde sich dabei auf das von Luxemburg mitgetragene Abkommen Nr. C 87 über die Gewerkschaftsfreiheiten und den Schutz des Gewerkschaftsrechtes im Allgemeinen sowie auf die ebenfalls von Luxemburg unterzeichnete Konvention Nr. C 151 über die Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst.

Nur wenige Wochen später konnten CGFP und A-BCL in dieser Angelegenheit von einem „entscheidenden Durchbruch“ sprechen: Die langjährigen von der CGFP und der A-BCL mit der Unterstützung des europäischen Dachverbandes aller Zentralbank-Personalvertretungen (SCECBU) unternommenen gewerkschaftlichen Bemühungen um die formale Anerkennung der „Association professionnelle du personnel de la BCL“ als Personalvertretung hatten ihr Ziel erreicht. In einem mit Datum vom 15. Juni 2006 an die A-BCL gerichteten Schreiben gab die BCL-Generaldirektion – nach jahrelanger Verweigerung – ihre schriftliche Einwilligung, die A-BCL offiziell als Personalvertretung anzuerkennen. Allein das Einreichen einer Klage in Genf hatte seine Wirkung somit nicht verfehlt: Die damalige Zentralbank-Führung kam schließlich einer grundlegenden Gewerkschaftsforderung nach, die durch die Verfassung gewährleisteten Gewerkschaftsfreiheiten doch endlich zu respektieren.

Die Zukunft der Arbeit gestalten

Eines wurde auch in diesem Jahr in Genf wieder deutlich: Auch 100 Jahre nach ihrer Gründung hat die Internationale Arbeitskonferenz nichts an Bedeutung und Attraktivität verloren. Noch immer werden Arbeitnehmerrechte weltweit mit Füßen getreten. Noch immer werden international anerkannte Sozialstandards missachtet.

Die Worte von Guy Ryder hätten deutlicher nicht sein können. Als Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation appellierte er an die 187 Mitgliedstaaten, in der geplanten Jahrhunderterklärung starke Leitlinien zur Zukunft der Arbeit mit sozialer Gerechtigkeit für alle zu verankern. Ryder wörtlich: „Die Zukunft der Arbeit ist nicht vorbestimmt. Die wird nicht für uns entschieden, nicht von Robotern, nicht von Künstlicher Intelligenz. Auch wenn sie natürlich einen Einfluss hat. Aber Tatsache ist: Die Zukunft der Arbeit wird das Ergebnis unserer Entscheidungen sein, unserer Fähigkeit zu reagieren, unserer Bereitschaft gemeinsam zu arbeiten und die Zukunft der Arbeit zu der zu machen, die wir wollen.“

s.h.



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückserwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2019

Baufinanzieren *aktuell*

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbauparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

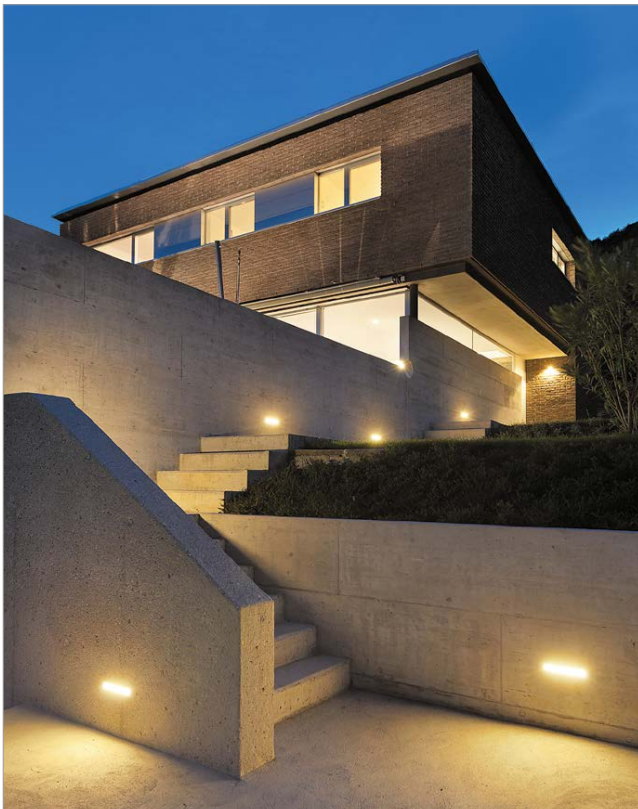
Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehensvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbauparen Plus können Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Eine Tankstelle für zu Hause



Bis 2030 soll jedes vierte Auto in der EU elektrisch betrieben sein. Doch es fehlen gut erreichbare Ladestationen. Wer ein Haus baut, kann eine Ladestation einplanen. Modernisierer rüsten einfach nach.

Dafür werden Stromleitungen zum Parkplatz vor dem Haus, in der Garage oder im Carport gelegt. „Zusätzlich benötigt man eine spezielle Ladestation, eine sogenannte Wallbox, und weitere elektrische Komponenten. „Eine normale Steckdose eignet sich nur bedingt fürs Laden von E-Autos, weil die Ladezeit sehr lange ist“, erklärt Thomas Mau von der BHW Bausparkasse. Schneller geht es mit einer Wallbox. Diese kleine Schnell-Ladestation wird an einer Wand oder Säule angebracht und kostet zwischen 600 und 2.000 Euro. Die Installation müssen Fachleute durchführen.

Die Wallbox

Welche Ladestation passt, hängt vom Akku des E-Autos und der Elektroinstallation am Haus ab. Vielseitig kompatibel

ist eine universelle 11-kW-Wallbox mit fest installiertem Kabel. Die Ladestation sollte auf jeden Fall einen FI-Schutzschalter besitzen, der Stromschläge verhindert. Die Ladedauer beträgt im Schnitt zwei bis sechs Stunden. Je nach Fahrzeug reicht das für etwa 150 Kilometer. „Derzeit wird diskutiert, ob es einen Rechtsanspruch auf eine eigene Ladesäule am heimischen Parkplatz geben sollte“, sagt Thomas Mau. Das würde es Bewohnern von Mehrfamilienhäusern deutlich erleichtern, die Genehmigung für eine Ladestation am eigenen Stellplatz zu erhalten.

Sonnenenergie tanken

Elektroautos schaffen nur dann ein gutes Klima, wenn sie mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden. Daher sollte man sich neben dem Elektroauto am besten auch eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach zulegen. Die von den Solarzellen erzeugte Energie kann so die Batterie des Elektroautos aufladen.

Gesund wohnen mit Baubiologie



Wer sichergehen will, dass sein Bauland unbelastet oder das Wohnklima im gerade erworbenen Altbau unbedenklich ist, beauftragt einen zertifizierten Baubiologen.

Was können Baubiologen?

Sie sind gefragt wie nie, denn das Bewusstsein für Wohngesundheit nimmt deutlich zu. Strahlenbelastung im Haus durch WLAN und immer mehr vernetzte Geräte können der Gesundheit schaden, aber auch Baumaterial setzt dem Wohlbefinden zu, wenn es biologische oder chemische Schadstoffe enthält. „Zertifizierte Baubiologen erklären, mit welchen Maßnahmen man für Wohngesundheit in der eigenen Immobilie sorgt und Umwelterkrankungen vorbeugt“, sagt Andreas Menkens von der BHW Bausparkasse.

Baubiologen führen wissenschaftlich fundierte Analysen durch. Mit speziellen Geräten messen sie zum Beispiel die Raumfeuchtigkeit, suchen nach versteckten Schimmelpilzen oder schädlichem Elektromagnetismus und prüfen Grundstücke etwa auf geologische Störungen oder Radongas. Das Resultat ist ein Gutachten, das man als Grundlage für die Planung oder Sanierung des eigenen Hauses verwenden kann.

Unterschiedliche Kosten

Die Kosten hängen von der Art der Analyse ab, am besten man holt vorher ein Angebot ein. „Eine baubiologische Untersuchung ist eine langfristige Investition, die sich für die Gesundheit auszahlt“, sagt BHW Experte Menkens. Häufig können die Gutachterkosten von der Steuer abgesetzt werden.

Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

A^WWIETOR

VIANDES EN GROS

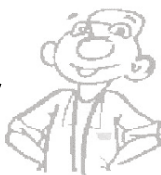
www.wietor.lu

19A, rue de Haller
L-6312 Beaufort

Tél : 83 64 85-1

Fax : 86 90 87

e-mail : wietor@internet.lu



Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

AFAS CGFP

Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Tél.: 26 77 77 77 afas@cgfp.lu
http://www.cgfp.lu/cgfp_services



Werden Sie noch heute Mitglied!

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Demande d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00€ (retraités/veuves: 35,00€), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Vos projets
ont de l'avenir



Charlotte,
future
présidente d'association



Louis,
futur
artisan boulanger

BGL BNP PARIBAS
S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS
AU LUXEMBOURG

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences,
par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu



BGL BNP PARIBAS | La banque d'un monde qui change

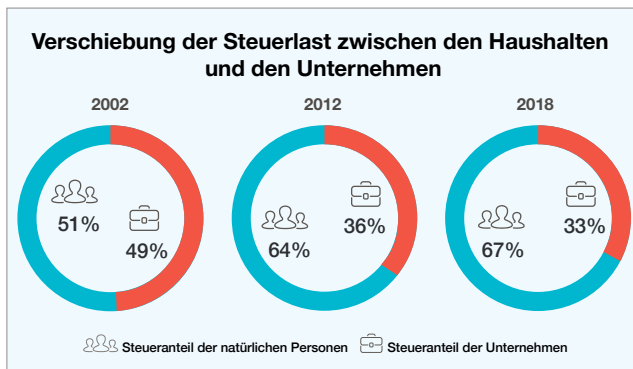
bgl.lu

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue JF Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg: B6481) Communication Marketing Juillet 2014

Die (nicht) ausgeglichene Lastenverteilung

Hinsichtlich der direkten Steuern bringt das neue Budgetgesetz eine Entlastung. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist praktisch die gleiche: Diese Erleichterung gilt nur für Unternehmen, denn es ist eine Senkung der Körperschaftssteuer von 18 % auf 17 %. Sie und ich, wir werden nicht entlastet.

Und weil das offensichtlich so einseitig ist, ging der Herr Finanzminister, um sich nicht entschuldigen zu müssen, mutig in die Offensive. Als Reaktion auf eine ganze Liste von unverschämten Forderungen des Patronats zur weiteren steuerlichen Entlastung der Unternehmen hielt er darauf, klar und deutlich zu betonen, er lasse keine einseitige und unausgewogene Verschiebung der Belastung zugunsten der Firmen und zulasten der Haushalte zu.



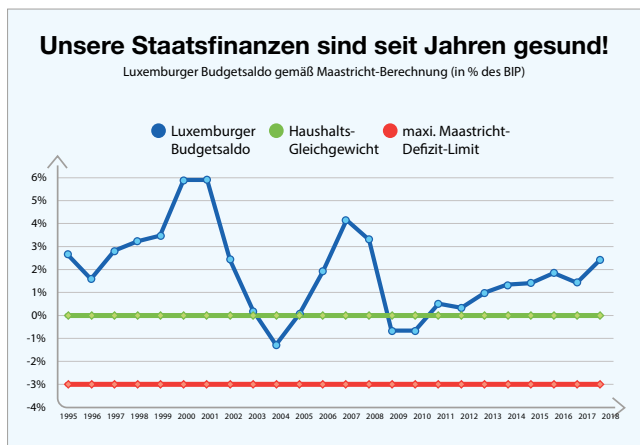
Bravo, wäre man versucht zu rufen. Wenn es denn nicht so wäre, dass die zu verhindernde Schräglage bereits

längst eingetreten ist. Und dass ihre angebliche Verhinderung durch die mutige Regierung einfach einen rhe-

torischen „Nonsens“ darstellt. Eine ausgeglichene Verteilung der direkten Steuern gab es im Jahre 2002, als die Einnahmen der direkten Steuern zu 51 % von den Haushalten stammten und zu 49 % aus der Firmenwelt. Das Verhältnis war damals also praktisch 1 zu 1. Im Haushaltsjahr 2018 dagegen kamen nur noch 33 % der Steuereinnahmen von den Unternehmen und 67 % von den Privatpersonen. Das Verhältnis ist jetzt 1 zu 2, zugunsten der Unternehmen.

Müssen wir der Regierung nun dafür dankbar sein, dass sie das Verhältnis nicht schnell auf 1 zu 3 oder 1 zu 4 abrutschen lässt? Jedenfalls ist es offensichtlich, dass wir eine Behebung der bestehenden Missstände nicht erwarten können. Denn 2019 wird lediglich, wie eingangs betont, die Körperschaftssteuer gesenkt.

Die Gesundheit der Staatsfinanzen sprengt alle Rekorde



Offensichtlich ist unser Finanzminister jemand, „dem die Ochsen auf dem Speicher kalben“, wie es unsere landwirtschaftlichen Vorfahren ausgedrückt hätten, also jemand der unglaubliche Einnahmen verzeichnen kann.

Für den Zentralstaat belegen die provisorisch berechneten Jahreskonten für 2018 Mehreinnahmen von 1,3 Milliarden Euro gegenüber den Vorausschätzungen des Budgetgesetzes. Das entspricht einer Steigerung der Einkünfte gegenüber dem Vorjahr von 1,5 Milliarden oder 10,3%. Dabei wuchsen die direkten Steuern um 12,6%, die indirekten um 3,0% und alle anderen Einnahmen um 13,1%.

Es stellt sich heraus, dass es im 4. Trimester zu einer deutlichen Beschleunigung der Einnahmen gekommen ist. Und dieser Trend bestätigt sich, denn in den ersten fünf Monaten von 2019 sind die Einkommen des Zentralstaates, gemessen an der SDDS-Norm, erneut um über 14 % angewachsen. Kurz und gut: Die heutige Kassenlage des Staates ist einmalig.

Dabei war sie bereits in den letzten Jahrzehnten, ungeachtet der ständigen gegenteiligen Behauptungen der antisozialen Ausgabenbremser aller Couleur, stets günstig und im internationalen Vergleich sogar mustergültig. Weswegen Luxemburg

heute auch eine vergleichsweise sehr niedrige Staatsverschuldung hat, die derzeit noch weiter sinkt.

Unsere obenstehende Grafik zeigt, dass über ein Vierteljahrhundert hinweg die Jahreskonten des Luxemburger Staates überwiegend positiv waren. Seit der Schaffung des europäischen Währungssystems vor 20 Jahren gab es, nach den Berechnungen der Maastricht-Normen, nur dreimal ein gesamtstaatliches Budgetdefizit, welches zudem dann weit entfernt blieb vom festgelegten Maximaldefizit von 3% des Bruttoinlandsproduktes.

Auf das BIP bezogen war das schlechteste Luxemburger Jahresergebnis besser als das beste Resultat Frankreichs in den letzten zwei Jahrzehnten. In diesem Zeitraum hatte Frankreich somit nie einen Haushaltsüberschuss und befand sich elfmal jenseits der erlaubten „minus 3% des BIP“. Und dabei waren die Franzosen ja noch bei Weitem nicht die schlimmsten Haushaltssünder.

Fazit für Luxemburg: Es gibt keinen budgetären Grund für Sozial-Austerität oder für die regierungsseitige Weigerung, auf die CGFP-Forderung nach einer deutlich großzügigeren Anwendung der niedrigen 3%-Mehrwertsteuer beim Wohnungsbau einzugehen. PZ



Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen, ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...



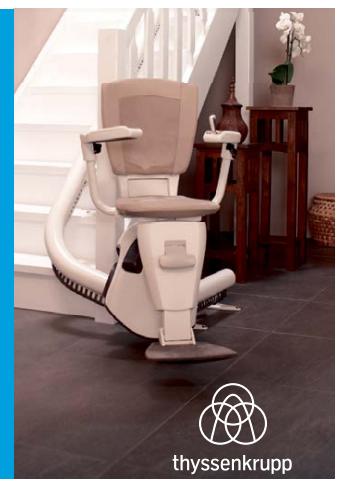
CGFP – die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion

Ihre Treppe leicht hinauf und leicht hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com
www.thyssenkruppascenseurs.lu



thyssenkrupp

Europa, unser Schicksal

Die Euroskepsis einfacher Bürger ist nicht zuletzt ein Produkt der Exzesse kapitalistischer Gier

In manchen EU-Ländern, wenn gleich nicht überall, konnten die Populisten unlängst historische Wahlerfolge einfahren. Dass deren Parteien politisch keine sinnvollen und Erfolg versprechende Lösungen anzubieten haben, ist dabei nicht das eigentliche Problem. Ärgerlich ist vor allem, dass die Scharlatane meistens durchaus die richtigen Fragen stellen und die Finger in die schmerzhaftesten sozialen Wunden legen.

Und viele Bürger glauben, dass diese Politiker eigentlich die einzigen sind, welche die tagtäglichen Probleme der kleinen Leute verstehen. Denn das „Establishment“ hat in einem erschreckenden Ausmaß übersehen, wie viele Menschen bei der hemmungslosen und nicht regulierten Globalisierung regelrecht unter die Räder der ökonomischen Monstertaschinerie geraten sind. Leute, die deshalb nach Alternativen für ihr Land suchen, gelbe Westen anziehen oder aus der EU aussteigen wollen.

Der blinde Fleck

Nicht nur die intellektuellen Eliten, und jene die sich dafür halten, haben graduell den Kontakt zu den Realitäten des einfachen Volkes verloren. Im öffentlichen Diskurs wird der deutliche soziale Abstieg weiterer Bevölkerungsschichten in den letzten Jahrzehnten meistens ausgeklammert, obschon er eine harte Realität darstellt. Auch die Volksparteien haben das Schicksal so vieler Menschen aus den Augen verloren, weswegen sie derzeit ernsthaft zu scheitern riskieren.

Schaffen sie es nicht, umzudenken, so können sie weitgehend von der Bühne verdrängt werden, wenn sie nicht gar ganz untergehen sollten, trotz ihrer unbestrittenen historischen Verdienste. Und vor allem trotz der offensichtlichen Tatsache, dass sie künftig eigentlich noch unbedingt gebraucht werden.

Und dennoch verbesserte sich die Wahlbeteiligung bei der jüngsten Europawahl in vielen Ländern deutlich. Mehr Menschen haben sich im Bewusstsein mobilisiert, dass in vielen Lebensbereichen Europa unser Schicksal bestimmt. Denn isoliert können uns die einzelnen europäischen Nationalstaaten kaum Lösungen liefern bei den großflächigen und globalen Problemen, wie den gravierenden Auswirkungen des Klimawandels und der digitalen Umwälzung in der Arbeitswelt, bei der äußeren sowie der inneren Sicherheit unserer Region und auch den angesagten Handelskonflikten zwischen den Kontinenten.

Die Rattenfänger

Auf der Weltbühne hat Europa nur vereint und entschlossen noch eine Chance ernstgenommen zu werden, sei es von den populistischen Ego manen und Manipulatoren Trump und Putin oder von den übermächtigen Chinesen, die noch nie in ihrer Geschichte einen Hauch von Demokratie erlebt haben. Daran können alle kleinkarierten Brexit-Fantasien à la Nigel Farage und Boris Johnson genauso wenig ändern, wie das Gepolter und die simplen Rezepte von Orban, Le Pen, Salvini, Kaczynski & Co.

Es ist ja nicht so, dass deren Parteien zum Wahltag ihren jeweiligen Völkern pragmatische und wirksame Lösungen angeboten hätten. Und schließlich stellt ihre Fraktion im neugewählten Plenum in Straßburg nur

10% aller Abgeordneten. Sie waren mit dem ausdrücklichen Ziel angetreten, stärkste Fraktion zu werden, und sind schließlich auf Platz fünf gelandet.

Ihre triumphale Feststellung am Wahlabend, eine historische Veränderung der politischen Landschaft herbeigeführt zu haben, fällt somit auch in die Kategorie der „Fake News“. Die vier EU-weiten Familien traditioneller Parteien, deren jeweiligen Fraktionen ja auch alle 6 Luxemburger EU-Parlamentarier angehören, besetzen weiterhin mehr als zwei Drittel aller Parlamentssitze.

Demoskopisch war bereits vor dem Wahlgang ermittelt worden, dass sich die EU-Zustimmung der Bürger nun auf einem Höchststand befindet, den man historisch zuletzt vom Fall der Berliner Mauer kannte. Nach dem Wahlergebnis ist somit festzuhalten, dass die resoluten Europagegner extrem in der Minderheit sind, um nicht zu sagen, dass sie europaweit marginal bleiben.

Zum Zusammenhalt verurteilt

Käme es zu nationalen Referenden über einen Austritt des jeweiligen Landes aus der EU, gäbe es in allen EU-Staaten, außer in Großbritannien, ganz massive Vota zugunsten eines Verbleibs, EU-weit mit 66% gegen 13%, in Luxemburg mit 83% gegen 5%, aber auch beispielsweise in Griechenland mit 60% zu 21%. Und auch das Verlassen der Währungsunion wird in keinem einzigen Euro-Land erwogen.

Die Europäer haben massiv für pro-europäische Programme gestimmt, weil sie wissen, dass sie trotz aller Enttäuschungen, die EU unbedingt brauchen. Dies ist ein wichtiges Fazit. Zudem glauben mehr als 60% der EU-Bürger, dass die europafeindlichen Parteien ein zusätzliches Zukunftsproblem darstellen.

Divergierende Erwartungen

Das alles aber ändert nichts an der Tatsache, dass die wenigsten von uns generell bis total einverstanden sind mit der Richtung, in die sich Europa jüngst entfaltet hat und künftig zu entwickeln droht. Unsere Erwartungen wurden und werden auch künftig nicht erfüllt, und das muss die Politik nun unbedingt thematisieren.

Leider ist unsere offensichtliche, gemeinsame Unzufriedenheit aber sehr vielfältig und sogar extrem widersprüchlich. Weniger Europa wollen die einen, mehr Europa die anderen. Und die meisten wünschen sich, wahrscheinlich zu Recht, sowohl das eine als auch das andere, nur eben in unterschiedlichen Gebieten. Wo ein bestimmtes Problem allein auf gesamteuropäischer Ebene zu lösen ist, da ist die EU oft rechtlich nicht zuständig oder wegen der erforderlichen Konsensbildung zu schwach. Und andererseits lässt man Europa unzählige tagtägliche Angelegenheiten harmonisieren, die sich nicht sinnvoll über einen Kamm scheren lassen.

Aufgeplusterter Streit

Es ist aber hervorzuheben, dass die derzeitige Leidenschaft in den Debatten keineswegs ein Zeichen von Krise und Zerfall ist, sondern im Gegenteil der Beweis, dass sich auf breiter Front das Bewusstsein durchsetzt, wie enorm wichtig Europa für uns und unsere Zukunft ist. Wobei wir immer ungeduldiger darauf drängen, dass unsere Politiker sich zusammenraufen, für optimale Lösungen auch auf all jenen Gebieten zu finden, wo sie uns bisher enttäuscht haben.

Wenn sich Europa scheinbar ständig zankt, sollten wir nicht vergessen, dass die Demokratie nicht nur Meinungsunterschiede, sondern vor allem auch eine offen ausgetragene Auseinandersetzung voraussetzt. Die extreme Vielfalt unseres weiten Kontinents, geografisch wie kulturell und sozial, erzeugt unweigerlich scharfe Interessenskonflikte, die weit über alles hinausreichen, was in einem einzelnen Land denkbar ist.

Und alle Europäer erwarten, zu Recht, dass ihre Staatsvertreter die nationalen Interessen gebührend verteidigen. Regierungschefs und Minister erledigen somit in erster Linie nur den Job, für den sie bezahlt werden. Und daran ist nichts verwerflich. Im europäischen Geschehen werden aber ständig Spannungen und Kleinstkrisen durch Scharfmacher, zynische Parteistrategen und sensationlüsterne Medien ungebührlich groß in Szene gesetzt.

Immer ist das eine oder andere Land im Wahlkampfmodus und die lokalen Machthaber brauchen dramatische Auftritte auf der Europa-bühne. Dass die EU vor allem eine unend-

liche Folge von Konflikten sei, das dürfen wir uns nicht von Extremisten einreden lassen, die selbst zu keinem Konsens fähig sind.

Komplexe neue Welt

Die Interessengegensätze aber sind real und in der Logik der heutigen Zeit. Eine hochgezüchtete Ökonomie in einem globalen Konkurrenzkampf, mit einem absolut freien Verkehr für Menschen, Kapitalien, Waren und Dienstleistungen, ist fatalerweise ein komplexes und anfälliges Konstrukt. Der auftretende Stress aber wird nicht durch Europa verursacht, wie oft dargestellt, sondern er wird vielmehr schneller und harmonischer durch die bestehenden EU-Strukturen gelöst, als dies ohne sie möglich wäre.

Erinnern wir uns doch: In früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten schaukelte sich die nationale aggressive Rhetorik politisch immer wieder zu offenen und handfesten Konfrontationen hoch, die man dann irgendwann „manu militari“ mit Kanonen zu lösen versuchte. Das haben wir überwunden, und deswegen sollten wir klugerweise den verbalen politischen Disput der heutigen Zeit akzeptieren, so polemisch und verletzend er auch sein kann.

Legendenbildung

Es ist nicht in Brüssel, wo die verlotterten Staatsfinanzen des Mittelmeerraumes entstehen. Dies geschieht trotz der EU und nicht wegen ihr. Der Euro dient als geduldiger Sündenbock für unfähige und unverschämte Budgetminister. Man verunglimpfte ihn als „Teuro“, doch dann wurde er solider, als die D-Mark es je war. Vor allem zu stark für die Defizit-Mogler, die er nun in die Bredouille bringt.

Vor der Schaffung der gemeinsamen Währung erlebten wir mehrmals im Jahr dramatische Auf- und Abwertungen der Devisen. Wobei insbesondere Luxemburg, wegen seiner Abhängigkeit vom belgischen Franken, in eine immer schwierigere Lage geriet, so dass der Euro geradezu als eine wundersame Erlösung kam. Erschreckend ist es da schon, dass der verheerende Ärger mit den damaligen Zuständen heute total vergessen ist!

Und genauso wurden auch die bedingstigen Flüchtlingsströme nicht durch die europäische Integration verursacht. Auch ohne EU würden uns alle ärgerlichen Konsequenzen der mittelöstlichen Bürgerkriege und des gesamten afrikanischen Elends treffen, genau wie die überseeischen Bankenkrisen und der weltweite Protektionismus im Handel, die Dreistigkeiten amerikanischer Großkonzerne und die sonstigen digitalen Herausforderungen. Nur wäre dies alles für uns Europäer noch dreimal schlimmer, ohne die soliden und wirksamen Strukturen eines gemeinsamen europäischen Krisenmanagements.

Europa als Konfliktlöser

Die Banken- und Finanzkrise von 2008 konnte durch eine beachtliche enge Zusammenarbeit in Europa in bemerkenswerter Weise schnell überwunden werden. 75 Jahre zuvor, in den 30er-Jahren, war die Ausgangslage bedeutend harmloser, doch weil damals alle Staaten gegeneinander, statt vereint kämpften, entstand am Ende ein totales wirtschaftliches und soziales Desaster, das in einen Weltkrieg endete.



Natürlich ist Europa beim Problemlösen meistens nicht besonders schnell und oft nicht sehr klug. Darüber hinaus werden die vereinbarten Lösungen auch nicht respektiert, egal ob es um Flüchtlingsströme oder um Haushaltsdisziplin geht. Und oft sind die getroffenen Vereinbarungen auch absurd, etwa wenn die Finanzminister selbst entscheiden, ob und wie sie für nicht respektierte Regeln bestraft werden.

Häufig verzögern sich die europäischen Kompromisse oder sie sind recht enttäuschend, weil meistens eine Einstimmigkeit im Ministerrat erforderlich ist, wobei ja immer der eine oder andere schräge Vogel mit am Tisch sitzt. So gab es, um nur ein Beispiel zu nennen, auf dem jüngsten Juni-Gipfel der EU-Chefs eine „sehr überwiegende Mehrheit“ für massive zusätzliche Klimaanstrengungen, doch zwei, drei Länder unter der Führung Polens waren in der Lage, jeglichen Fortschritt zu verhindern. (Doch auf das Prinzip der Einstimmigkeit bestehen wir sehr nachdrücklich und dies aus sehr gutem Grund, weswegen wir dann eben auch die bedauerlichen Konsequenzen zu akzeptieren haben).

Am Ende des Disputs bezieht Europa zudem noch öffentlich alle Prügel, weil die Presse und die Öffentlichkeit allzu oft auf die Behauptungen und Ausreden der nationalen Brandstifter hören. Brüssel wird stets die Schuld zugewiesen für alles Lästige und Unvorteilhafte in den Entscheidungen, obschon diese alle in Wirklichkeit von den Vertretern 28 nationaler Regierungen getroffen wurden.

Die vergessenen Wohltaten

Nach der jüngsten Neuwahl des Parlamentes und inmitten der komplexen Debatte über die Neubesetzung vieler Führungsposten der Union sollte man das Gesamtbild unbedingt in aller Ruhe betrachten. Dabei zeigt sich dann, dass der ominöse Brexit keinen generellen Zerfall der Staatengemeinschaft einläutet. Die anhaltenden grotesken Vorgänge in London belegen vielmehr, dass es sich hier um eine nützliche Flurbereinigung handelt.

Dabei wird vielleicht europaweit eine tiefgreifende Würdigung der realen Errungenschaften der EU eingeleitet, nebst einer Einsicht in die unvermeidlichen Zwänge des Zusammenlebens und einer Besinnung auf realistische Erwartungen und Ansprüche.

Das wirtschaftliche und politische Zusammenwachsen Europas hat unserem Erdteil nicht nur eine lange Friedenszeit gebracht und aufrechterhalten, die 1945 noch unerreichbar schien. Es hat auch in verschiedenen Regionen Europas demokratische Zustände dauerhaft abgesichert und auf dem ganzen Kontinent die Menschenrechte sowohl ausgeweitet als auch wirksam einklagbar gemacht.

Der Wohlstand kam nicht von selbst

Der gemeinsame Markt fördert seit über 60 Jahren einen spektakulären ökonomischen Aufschwung und schuf damit die Grundlage für nachhaltigen sozialen Fortschritt. Auch über das Wirtschaftlich-Finanzielle hinaus hat die fortschreitende Integration unsere persönlichen Lebensumstände dauerhaft verbessert, etwa mit einer grenzenlosen Reisefreiheit und einer beruflichen sowie privaten Mobilität, die weltweit einmalig ist.

Aus Luxemburger Sicht kommt hinzu, dass es die Schaffung eines Marktes mit 500 Millionen Konsumenten war, die unseren exportorientierten Unternehmen ihren Aufschwung erlaubte. Der Finanzplatz mit über 50.000 Arbeitsplätzen konnte nur entstehen und sich diversifizieren, dank der klugen Ausnutzung von Chancen,

welche die EU im Rahmen der Kapitalmarktfreiheit schuf.

Aber das alles haben wir aber nach und nach als absolut normal abgehakt, vergessen und verdrängt. Da bedarf es dann schon eines Papstes aus Lateinamerika, um uns Europäer nachdrücklich auf diese historische einmalige Erfolgsgeschichte hinzuweisen. Oder es muss, beispielsweise, zu einem Terrorakt in Paris mit plötzlichen drastischen Personenkontrollen kommen, um uns alle daran zu erinnern, wie klein die Welt noch vor 75 Jahren aussah, als der Lebensraum der Menschen in alle Himmelsrichtungen mit Grenzschießbäumen abgeriegelt war.

„Les laissés pour compte“

Entbehren somit der handfeste Unmut und die weitverbreitete Europa-Gegnerschaft vieler Wähler und Nicht-Wähler jeder Berechtigung? Mitnichten! Da ist nämlich in Europa doch sehr vieles schief gelaufen, und in manchen Regionen Europas sogar extrem schief.

Und deswegen ist auch vieles zu rechtzubiegen, auf gesamteuropäischer sowie auf nationaler Ebene: von Kinderarmut bis Hungerrenten, von Suppenküchen bis Obdachlosigkeit, von prekären Beschäftigungen bis enormem „Arbeitsmühsal“, von Lohndumping bis Langzeitarbeitslosigkeit, von Umweltverschandlung bis Klimagefährdung, von Menschenhandel bis zu einer anhaltenden postkolonialen Ausbeutung.

In einigen Ländern Europas kommen eine grassierende Korruption mit Verwaltungswillkür und dem Abbau von Meinungsfreiheit und politischen Rechten hinzu, gravierende Staatsdefizite, die Europa nicht zu unterbinden versteht. Und die Staatenlenker Europas und der Welt sind offensichtlich auch außerstande, die internationalen Voraussetzungen für eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten zu schaffen.

Politische Unterlassungssünden

Viele Fehlentwicklungen in der Welt und auf unserem Kontinent werden nicht von der EU verhindert, und gelegentlich trägt sie selbst sogar aktiv dazu bei. Aber in der Regel sind doch nicht die europäische Verständigung und die erreichte Integration die tatsächlichen Gründe für diese festgestellten Mängel.

Bei näherem Hinsehen stellt man fest, dass die negative Haltung gegenüber Europa besonders ausgeprägt ist in benachteiligten Regionen und in einem einkommens- und vermögensschwachen Milieu, bei bildungsfernen Menschen in prekärer Beschäftigung und in Langzeitarbeitslosigkeit. Sie nährt sich somit in erster Linie von schweren, sozialen Missständen, die nicht von den Politikern, der Presse und den politisch Interessierten zur Kenntnis genommen werden.

Damit meinen wir die anhaltende Verschärfung der Gegensätze zwischen Arm und Reich, mit einem wachsenden Heer von Verlierern ohne Perspektiven und ohne Hoffnungen. Diese Entwicklung kontrastiert mit der Nachkriegszeit. Als es durchaus eine gewisse Abflachung der sozialen Unterschiede in Gesellschaft und Wirtschaft gegeben hatte, mit realen sozialen Aufstiegschancen dank einer ehrgeizigen Sozialpolitik und einer staatlichen Umverteilung von oben nach unten.

Paradigmenwechsel

Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahrzehnten gewendet, mit einem starken Auseinanderdriften der Einkommen sowie auch der Besitzverhältnisse. Und dies ist nicht einfach nur ein subjektives Gefühl der Unterklasse oder eine Behauptung

von Gewerkschaften oder Sozialaktivisten, sondern es ist vielmehr eine eindeutige, durch unzählige wissenschaftliche Studien statistisch belegte Feststellung.

Die Prioritäten staatlicher Politik haben sich nachhaltig abgewendet von dem Bemühen um soziale Fürsorge und um gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil nun die wirtschaftliche Produktivität zur absoluten Priorität erhoben wurde. Infolge einer Globalisierung, welche Europas Wirtschaft ohne nennenswerten Schutz der massiven Konkurrenz aus unzähligen Billiglohnländern aussetzt, wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit zum politischen Hauptmotiv der meisten europäischen Regierungen.

Wobei auch der binneneuropäische Ausgleich nicht sichergestellt wurde. Dadurch kam es in bestimmten Regionen zu einer dramatischen Entvölkerung, mit einer argen Verschlechterung der Lebensqualität. Eine totale Europaverdrossenheit ist hier mehr als verständlich. So ist die radikale Europafeindlichkeit vielfach ein direktes und indirektes Produkt des rücksichtslosen Kapitalismus.

Schleichender Sozialabbau

Und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, als vorgeblich absoluter Sachzwang, wurde für die Kapitäne in Wirtschaft und Staat zur billigen Rechtfertigung des generellen Sozialabbaus, der uns als eine Notwendigkeit für die wirtschaftliche Gesundheit und das schiere Überleben unserer Länder und unseres Kontinents dargestellt wird.

In einer ersten Phase wirkte sich die praktizierte Austerität massiv auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft aus. Doch inzwischen frisst sie sich schnell immer weiter in die mittleren Schichten hinein, beispielsweise über prekäre Arbeitsverträge und sogenannte „Sozialpläne“.

Nach dem Untergang des sowjetischen und osteuropäischen Kommunismus war der turbokapitalistische Ultraliberalismus plötzlich ohne ideologische Konkurrenz. Die „soziale Marktwirtschaft“ wurde ihres Attributs „sozial“ beraubt und dann ersetzt durch den absoluten Glauben an eine metaphysische Überlegenheit der unbeschränkten Marktmechanismen. Der Weg war frei für den hemmungslosen Tanz um das Goldene Kalb.

Doch wie sollen die EU-Mechanismen hier verhindern, was die nationalen Staaten nicht bremsen können? Erforderlich wäre hier ein gesellschaftliches Umdenken, das die Politik in die Pflicht nehmen würde.

Der Profit als Goldenes Kalb

Alles was einmal sinnvoll und ausgleichsorientiert war, die katholische Soziallehre mit ihren päpstlichen Sozialzyklen, die sozialdemokratischen Programme, das Rheinische Modell, ist heute obsolet. Das wirtschaftliche Europa denkt weitgehend nur noch angelsächsisch, im übelsten Sinn des Begriffs. „Hire and fire!“ macht fit und stark. Freie Bahn dem Tüchtigen! Und den Hemmungslosen ohne Scham. Antisoziale Brutalität rückte zu einer kardinalen Managerqualität auf.

Lohnindexierung, betriebliche Mitbestimmung, Arbeitnehmerbeteiligung am Unternehmensgewinn, alle gewerkschaftlichen Errungenschaften gelten im wirtschaftlichen Diskurs der Manager und Macher von heute nur noch als archaische Altlasten, und als angeblich krankhafte Auswüchse mit verheerenden Kosten. Politik und Presse halten hier nicht dagegen; die Zivilgesellschaft ist gefordert.

In diesem Kontext wurde auch der bewährte Sozialdialog nach Luxemburger Tradition, einschließlich der Tripartite-Kompromisse, gegen die Wand gefahren, weil unser Patronat

seinerseits nach und nach dem angelsächsischen Liberalisierungsirrglauben nachzueifern begann. Nein, bei Weitem nicht alle Arbeitgeber, doch die meisten Funktionäre der Patronatsverbände.

Die Negierung der Probleme

Kurz und gut: Viele der Zornigen in Europa, genau wie die Entnütigten und Verzweifelten, sehen sich zu Recht als Opfer einer bodenlosen kapitalistischen Gier und eines wahnsinnigen Rennens nach Produktivität. Und es ist eben dieser Klassenkampf der Superreichen und ihrer operativen Handlanger, welcher die Demokratie in vielen Ländern Europas in Gefahr bringt und ernsthaft bedroht.

Das Thema der ungenügenden Umverteilung von oben, von den Milliarden und Multimillionären zu den Mittellosen, das im Wahlkampf eindeutig zu kurz kam, darf nicht länger ausgeblendet bleiben. Sollten die Staatenlenker Europas dem aufgestauten Volkszorn nicht Rechnung tragen und die Sozialthemen kurz- bis mittelfristig nicht aufgreifen, nicht nach energischen Lösungen suchen und keine echte Abhilfe schaffen, so werden wir in fünf Jahren wieder vor einer frustrierenden Bilanz stehen.

Die massive Enttäuschung über die europäischen Realitäten beschränkt sich allerdings nicht nur auf die sozialen Verlierer. In den bessergestellten Kreisen betrifft die Kritik beispielsweise ungenügende Anstrengungen angesichts der Klimakatastrophe, die uns mittel- und langfristig ins Haus steht.

Der Preis ehrgeiziger Ziele

Dieses Thema wird nun offensichtlich mehr Beachtung finden, aufgrund des gestiegenen Rückhalts für die grünen Wahlprogramme und des heftigen Engagements der jungen Generation, welche sich nicht ungestraft ignorieren lassen wird. Doch gehen auf diesem Gebiet die Vorwürfe eher generell an alle politischen Entscheidungsträger in Europa, also mindestens so stark an die Regierungen der Nationalstaaten wie an die Entscheidungsgremien der EU.

Allerdings sind ein Großteil der umweltbewussten Wohlstandsbürger, genau wie die engagierten Jugendlichen, sich nicht der bestehenden krassen, sozialen und regionalen Probleme bewusst. Und aus diesem Umstand erwächst nun ein Riesenproblem für Europa. Ein wirksamer und erfolgreicher Kampf gegen den Klimawandel wird finanziell wie politisch extrem aufwendig. Und für das erforderliche massive politische Umsteuern im Sozialbereich, das wir hier so ausführlich begründet haben, gilt dies genauso.

Ob sich aber diese beiden gigantischen Aufgaben gleichzeitig bewältigen lassen werden? Und dies angesichts des Umstandes, dass die arroganten Reichen in allen Ländern nach dem schlanken Staat rufen, also einem schwachen Staat mit reduzierten Mitteln.

Kritisch bleiben

Vor allem aber stellt die Unternehmenswelt nicht bloß hohe Forderungen; vielmehr schafft sie es sehr erfolgreich, seit Jahren und quer durch Europa, ihre Gewinnsteuern massiv zu senken. Mit 30.000 Lobbyisten in Brüssel belagern die Patronatsvertreter die EU-Entscheidungsträger.

Wir müssen somit ernsthaft befürchten, dass in Europa die Maximalgewinne und Dividenden sowie die irrsinnigen Bonuszahlungen an die Manager auch weiterhin deutlich den Vorrang behalten werden gegenüber einer sinnvollen Lösung der Probleme und der Anliegen der EU-Bürger. Solide und zuweilen lautstarke Europa-Kritik bleibt notwendig. Paul Zimmer

75 Jahre nach dem D-Day

Dramatische Flucht Luxemburger Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald

Am 11. April 1945 befreite die US-Armee das ehemalige NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar in Thüringen. Die SS war vor den Siegesstruppen geflohen, sodass bewaffnete Häftlinge das Lager übernahmen. Die Durchsage „Kameraden, wir sind frei“, ertönte damals aus allen Lautsprechern des KZ und beendete so eine Ära des Schreckens.

In den Jahren zuvor hatten die Nationalsozialisten in diesem KZ und in dessen Außenlagern beinahe 280.000 Menschen aus rund 50 Nationen inhaftiert. Rund 56.000 Häftlinge wurden erbarmungslos ermordet. Die meisten von ihnen starben an Kälte, Hunger, medizinischen Experimenten oder an den Folgen der Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie. Die unmenschlichen Qualen, die all diese Häftlinge über sich ergehen lassen mussten, waren in jeder Hinsicht entsetzlich.

Am 75. Jahrestag der Alliierten-Landung in der Normandie ist die Erinnerung an Buchenwald aktueller denn je. Unter den Häftlingen, die damals die Befreiung des Konzentrationslagers hautnah erlebten, befanden sich auch 66 Luxemburger Resistenzler.

Die besten Storys dieser Überlebenden – und seien sie noch so tragisch – begeistern die Nachwelt bis heute und was viele unserer Generation nicht wissen: Bereits zehn Monate vor der Befreiung durch US-Truppen gelang es zwei Luxemburgern im Buchenwald-Außenlager Arolsen, einen filmreifen Fluchtplan auszuarbeiten. Unterstützt wurden sie dabei von zwei weiteren Komplizen.

Vor dem Krieg hatten Pierre Schaul aus Ettelbrück und Nicolas Wolff aus Colmar-Berg der einst so stolzen Freiwilligenkompanie angehört, bei der sich die meisten Weggefährten geweigert hatten, den Eid auf den Führer Adolf Hitler zu leisten. Nach der Besetzung Luxemburgs durch die Wehrmacht wurde die Freiwilligenkompanie am 4. Dezember 1940 aus der luxemburgischen Heilig-Geist-Kaserne für eine schonungslose Umschulung nach Weimar in die dortige Polizeikaserne verlegt.

„Durchhalten um jeden Preis“

Damit begann der Leidensweg von Pierre Schaul und Nicolas Wolff, der sich im KZ Buchenwald fortsetzte. Dort wurden die unbiegsamen Luxemburger der Buchenwalder Strafkompagnie zugewiesen. Die Arbeitsbedingungen im Steinbruch waren eine echte Zumutung: Schwerstarbeit, physische Gewalt, Hunger, Durst und unendliche Schmerzen prägten den Alltag der Häftlinge.

Auch die Verpflegung war äußerst mangelhaft. Not und Tod – wirklich nichts blieb den Häftlingen erspart. Diese schier unerträgliche Qual zog sich über Monate hinweg. Trotz zunehmender Schikanen blieb der Kämpferwillen der Resistenzler weiterhin ungebrochen. „Durchhalten um jeden Preis“, lautete ihre Parole. Körperlich geschwächt erkrankte Pierre Schaul an der Ruhr. Nur seine unerschütterliche Freundschaft zu Nicolas Wolff vermochte ihn vor dem sicheren Tod zu retten.

Nach monatelanger Pein nahm das Leben der zwei Weggefährten jedoch plötzlich eine unerwartete Wendung. Beide wurden den Totenträgern zugewiesen. Anders als es anzunehmen gewesen wäre, stellte diese makabre Tätigkeit für sie eine „Beförderung“ dar. Die Zusatzverpflegung und die weitaus weniger beschwerliche Arbeit machten den Alltag für sie erträglicher.



Das Torgebäude des KZ Buchenwald diente als Hauptwachturm. Auf ihm thronte ein Maschinengewehr, mit dem der gesamte Appellplatz beschossen werden konnte.

Am 6. Juni 1944 erstürmten 170.000 Soldaten der Alliierten die Strände der Normandie. Das größte Landemanöver der Geschichte ebnete den Weg zum Sieg über Hitler. Bei der entscheidenden Offensive der Alliierten zur Befreiung Westeuropas im Zweiten Weltkrieg gab es hohe Verluste zu verzeichnen. Zehntausende Soldaten kamen dabei ums Leben. Fast zur gleichen Zeit gelang damals vor 75 Jahren vier Buchenwald-KZ-Häftlingen – darunter zwei Luxemburgern – eine spektakuläre Flucht in die Heimat. Lesen Sie hier die Chronik einer atemberaubenden Geschichte, die die schicksalhaften Tage des Zweiten Weltkriegs wach werden lässt.

Doch die Freude hielt leider nicht lange an. Mehrere Buchenwald-Häftlinge, darunter auch die beiden Luxemburger, wurden zwecks Aufräumarbeiten und Bombenentschärfung nach Köln abkommandiert. In der vom Krieg verwüsteten Stadt waren die Haftbedingungen allerdings wesentlich besser als bisher. Zudem wurden sie nicht mehr von Stacheldraht abgesperrt. Prügel blieben dennoch nicht aus.

Schon bald nach der „Beförderung“ wählten sich die beiden Luxemburger wieder im Glück: Bei den Aufräumarbeiten im Kellergewölbe eines Kölner Finanzinstituts stießen sie auf eine größere Geldsumme. Tatsächlich schafften sie es später, die feine säuberlich in Pakete gebündelte Beute sicher nach Buchenwald zu schmuggeln. Dieses Geld sollte sich für die spätere Flucht als äußerst wertvoll erweisen.

Der Fluchtwagen des SS-Stabsarztes

Kurze Zeit später wurde das luxemburgische Tandem in das hessische Städtchen Arolsen überwiesen. Dort befand sich ein Außenlager des KZ Buchenwald. Das weiträumige Kasernenareal umfasste u.a. eine SS-Führer-

schule, bequeme SS-Führerwohnungen, Reparaturwerkstätten jeder Art, Mannschaftsunterkünfte, Waffen- und Munitionslager, Sportanlagen, Kleiderkammern sowie die Baracken der KZ-Häftlinge.

In Arolsen wurden die zwei Luxemburger Gefangenen zunächst bei Erdarbeiten eingesetzt. Sie schlossen Bekanntschaft mit dem belgischen Häftling Fernand Labaloue. Der damals 23-jährige Student aus Lüttich war von Dachau nach Arolsen gebracht worden. Wenig später stieß der gelernte Autoschlosser und ehemalige polnische Widerstandskämpfer Adolf Korzynski dazu. Schnell begannen diese vier Männer einen raffinierten Fluchtplan zu schmieden. Sie waren fest gewillt, aufs Ganze zu gehen, um die lang ersehnte Freiheit wiederzuerlangen.

Wolff und Korzynski waren vor ihrer Flucht beide als Automechaniker in der Reparaturwerkstatt tätig. Dem als Friseur ausgebildeten Schaul kam die ehrenvolle Aufgabe zuteil, den SS-Leuten die Haare zu schneiden. Labaloue war als Hilfsarbeiter damit beauftragt worden, die Kleiderkammer der SS-Leute zu verwalten. Durch gewisse Privilegien, die sie sich nach und nach erarbeitet hatten,

bekamen die Männer die Härte des Lagerlebens weniger zu spüren. Aufgrund ihrer vielfältigen Fähigkeiten genossen sie zunehmend das Statut eines sog. „Ehrenhäftlings“. So mussten sie z.B. keinen Kurzhaarschnitt mehr tragen, was für das bevorstehende Entkommen sehr hilfreich war.

Bei der geplanten Flucht waren die Aufgaben klar verteilt. Nichts wurde dem Zufall überlassen. Als Mitverwalter der Bekleidungskammer erhielt der Belgier Labaloue den Auftrag, die für die Flucht benötigten SS-Uniformen zu besorgen. In dem großen Lager waren auch Rang-, Dienstgrad-, und Parteiabzeichen sowie Ehrenbändchen, eiserne Kreuze und Verdienstorden vorzufinden. Bei einem Einbruch in die SS-Küche weckte Labaloue die Wachposten. Da er jedoch einen SS-Mantel trug, kam er mit einem blauen Auge davon. Dies war gewissermaßen die Feuerprobe für den kühnen Fluchtplan.

Wolff und der Pole Korzynski wurden damit vertraut, den Fluchtwagen zu beschaffen. In der Ecke der SS-Garage schlummerte unter einer Zeltplane ein mit Holzböcken aufgebocktes Fahrzeug. Der Privatwagen, der einem SS-Stabsarzt gehörte, war längst nicht mehr für den Verkehr zugelassen und blieb daher vom Lagerpersonal weitgehend unbeachtet.

Korzynskis Mission bestand darin, den Ford-Eifel (Taunus) wieder fahrtüchtig zu machen, die Kennzeichen eines betriebsunfähigen Lancia LKW daran zu befestigen und die Bordpapiere fachgerecht zu fälschen. Wolff, der als Mechaniker Zugang zu den Tankstellen hatte, fiel die Rolle zu, Treibstoff zu besorgen.

Auf frischer Tat ertappt

Als SS-Friseur konnte Schaul in sämtlichen Diensträumen der SS gelangen. Dies ermöglichte ihm, den Blockschlüssel für kurze Zeit zu entwenden, um davon einen Bleiabdruck zu machen. Doch als er damit beschäftigt war, den soeben angefertigten Schlüssel auszuprobieren, wurde er auf frischer Tat ertappt.

Glücklicherweise besaß Pierre Schaul die Chuzpe zu behaupten, dass der zweite Schlüssel auf Wunsch des Lagerkommandanten hergestellt worden sei. Er wusste, dass seine Aussage nicht sofort überprüft werden konnte, da sich der vermeintliche Auftraggeber zum gegebenen Zeitpunkt für mehrere Tage in Paris aufhielt. Schauls Behauptung sollte jedoch unmittelbar nach der Rückkehr des Kommandanten überprüft werden.

Nach diesem Zwischenfall stand für alle Beteiligten fest, dass die bevorstehende Flucht nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden konnte. Angesichts des enormen Zeitdrucks beschloss das Quartett, seine Chance am 4. Juni 1944 zu nutzen. An jenem Sonntagmorgen herrschte im Lager Arolsen absolute Ruhe. Die SS-Offiziere genossen ihren Ausgang.

Adolf Korzynski betrat als Erster die Kleiderkammer. Plangemäß zog er die Nazi-Uniform an. Binnen kürzester Zeit verwandelte sich der polnische Widerstandskämpfer in einen furchterregenden SS-General mit Schnurrbart. Pierre Schaul, der sich zu ihm gesellte, verpasste ihm noch die richtige Frisur und heftete in Eile das Ritterkreuz an seine Uniform. Die SS-Schirmmütze sah aus, als ob sie maßgeschneidert worden sei.

Jetzt stand der Flucht nichts mehr im Weg. Der vorhandene Proviant sollte für ein paar Tage ausreichen. Wolff hatte sich um die Zivilkleider sowie den Reservekanister mit Benzin gekümmert. Aus der Waffenkammer wurden vier



Mit ihrer filmreifen Flucht aus dem Buchenwald-Außenlager Arolsen wurden Pierre Schaul (links) und Nicolas Wolff zu einem Symbol der Tapferkeit.

Armeeepistolen entnommen. In der Diensttasche des Generals wurden ein Kompass und Straßenkarten verstaut.

Korzynski, der im Lager als Draufgänger berüchtigt war, setzte sich ans Steuer des Fluchtwagens. Von nun an durfte keine Zeit mehr verschwendet werden. Jeden Augenblick hätte ein SS-Mann auftauchen und die Pläne durchkreuzen können. Wolff und Schaul versteckten sich hinten auf dem Fahrzeugboden unter einer Militärdecke. Von außen hatte es den Anschein, als ob dort Pakete liegen würden.

Mit Vollgas in die Freiheit

Fernand Labalue stand unterdessen noch immer in der Häftlingskleidung vor dem geöffneten Garagentor. Gerade zum entscheidenden Zeitpunkt zogen ein paar SS-Führeranwärter singend vorbei. Korzynski ließ sich aber nichts anmerken und brüllte Labalue zu: „Rein du Sauhund!“ Der Belgier gehorchte und stieg in den Wagen. Nur wenig später kroch er ebenfalls zu den Anderen unter die Decke.

Beim Haupttor lauerte eine weitere Gefahr. Der vermeintliche General musste den Wagen zur Passierkontrolle anhalten. Dort durfte er auf keinen Fall das Wort ergreifen. Sein starker Akzent hätte den Fluchtplan sofort auffliegen lassen. Umso größer war die Erleichterung, als der Posten dem „General“ ein Zeichen zur Weiterfahrt machte.

Die auf Gedeih und Verderb geeinten Komplizen konnten ihr Glück kaum fassen. Mit hoher Geschwindigkeit rasten sie in die neu gewonnene Freiheit. Vorsichtig schoben die drei Häftlinge die Decke beiseite und streiften sich in Windeseile die SS-Uniformen über. Ein Rollentausch war jedoch aufgrund des starken Akzents von Korzynski unvermeidbar: Pierre Schaul schlüpfte in die Rolle des Generals. Sein „Vorgänger“ wurde zum Feldwebel degradiert. Fernand Labalue trug die Uniform eines Stabsfeldwebels. Nicolas Wolff mimte den Unteroffizier.

In Koblenz konnte das Viergespann dank der SS-Uniformen die große Brücke über den Rhein ohne Kontrolle passieren. Danach wurde das Benzin allmählich knapp. In der ganzen Aufregung hatte Wolff vergessen, einen Trichter im Gepäck zu verstauen. Beim Tanknachfüllen wurde viel Treibstoff verschüttet. Im Hunsrück wurde schließlich allen klar,



Das Anfang 1938 entstandene schmiedeeiserne Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald trägt die Inschrift „Jedem das Seine“. Sie richtete sich direkt an die Häftlinge.

dass der Vorrat nicht ausreichen würde. Ihre Hoffnung ruhte auf einer nahegelegenen Tankstelle. Ein Gendarmeposten, der dort Stellung hielt, teilte ihnen jedoch mit, dass nur noch Sprit für den eigenen Dienstgebrauch vorhanden sei.

Bei den Flüchtigen wuchs nun die Verzweiflung. Voller Frust schoben sie den Fluchtwagen eine Böschung in einen dichten Tannenwald hinunter, um keine Spuren zu hinterlassen. Die Männer wussten, dass ihr Unterfangen gelingen musste. Andernfalls würden sie in Buchenwald am Galgen enden. Die Ausreißer marschierten weiter zu Fuß. Hunger, Durst und schmerzhaftes Blasen an den Füßen brachten sie an den Rand der Erschöpfung.

Misstrauische Gestapo

„SS-General“ Schaul erlitt mehrere Schwächeanfälle, rappelte sich aber immer wieder auf. Nach ihrem qualvollen Streifzug erreichten die beiden Luxemburger und ihre Komplizen ein Dorf nahe der Ortschaft Morbach. Als sie sich inzwischen nach dem nächstgelegenen Bahnhof erkundigten, bat sie eine junge Frau spontan in ihr Haus einzutreten, in dem sich eine Trauerfeier für einen Verstorbenen dem Ende neigte. Die ausgehungerten Freunde nutzten diese Gelegenheit, um sich nach den kräfteaufbrauchenden Strapazen zu stärken.

Nach am selben Tag nahmen die Häftlinge den Zug nach Trier. Bei ihrer

Ankunft mussten sie vor der geplanten Weiterfahrt nach Luxemburg einen einstündigen Zwischenstopp einlegen. Sie vertrieben sich die Zeit in einem Lokal, als plötzlich echte Gestapoleute den Raum betraten. Die Atmosphäre war extrem angespannt. Die Männer der geheimen Staatspolizei wurden misstrauisch und tauschten sich mit den Kellnerinnen aus. Ein Gestapo-Mann ging zum Telefon.

Um zu vermeiden, dass alles aus den Fugen gerät, beschloss der als General getarnte Schaul, das Lokal schleunigst in Begleitung seiner „Untergesetzten“ mit einem tosenden „Heil Hitler“-Gruß zu verlassen. Von nun an gingen sie aus Vorsicht getrennte Wege. Wolff und Labalue flüchteten zu Fuß Richtung Heimat. Kurz vor Wasserbillig bekamen es die beiden erneut mit der Angst zu tun, denn die Zoll- und Eisenbahnbrücke wurden vom Militär streng bewacht. Den Flüchtigen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewusst, dass die Alliierten bereits in der Normandie gelandet waren.

Als sich ihnen ein Güterzug näherte, sprangen sie blitzschnell in einen leeren Wagon. Mit Erfolg! Sie blieben unbemerkt und schafften es somit, die luxemburgische Grenze zu passieren. Das Gefühl, wieder heimischen Boden unter den Füßen zu haben, war überwältigend. Die mutigen Männer marschierten zu Fuß nach Echternach. Mitten in der Nacht erreichten sie das Haus von Schauls Schwager. Von ihm erfuhren sie, dass die Truppen der Westalliierten in der Normandie die deutschen Stellungen am Atlantikwall mit Tausenden von Schiffen, Flugzeugen und Fallschirmspringern angegriffen hatten.

Aus Sicherheitsgründen mussten Wolff und Labalue den Ort wieder verlassen. Noch einmal richtig brenzlich wurde es dann, als ein Gendarm in Consdorf ihre Identität überprüfen wollte. Mit dem Finger am Abzug der Pistole sprach Wolff den Beamten auf Luxemburgisch an. Der Gendarm war überrascht, dass er es angeblich mit Landsleuten zu tun

hatte und winkte sie durch. Auch der Belgier Labalue konnte sich mit einem akzentfreien „Jo“ durchmogeln.

Einen weiteren Schreckmoment erlebten die ehemaligen KZ-Häftlinge in Larochette. Mit knapper Not konnten sie sich einer Kontrolle der Nazigendarmerie entziehen. Unbeschreiblich war kurze Zeit später die Freude, als Wolff mit seinem belgischen Freund an der Tür seines Elternhauses klingelte. Lange konnten sie dort allerdings nicht bleiben. Zu groß war das Risiko, erwischt zu werden. Bis zur Befreiung der Amerikaner brachten sich die beiden in einem Versteck in Sicherheit.

Schaul und Korzynski entschieden sich derweil für eine andere Fluchtvariante. Per Zug fuhren sie nach Wasserbillig und trafen wenig später in Ettelbrück ein. Ausgerechnet am Tag der Alliierten-Invasion kreuzte Pierre Schaul mit seinem polnischen Freund bei seinen Eltern auf. Viel Zeit sich auszutauschen, blieb damals nicht, denn die beiden Männer mussten sich außer Gefahr bringen.

Fahndung in ganz Deutschland

Im Außenlager Arolsen fiel zunächst die Flucht der vier Häftlinge niemandem auf. Einige Stunden nach dem Ausbruch suchte ein SS-Mann den Friseur Pierre Schaul zum Haarschneiden auf. Die Suche nach Schaul und dessen treuen Weggefährten Wolff blieb jedoch ergebnislos. Daraufhin wurde eine großangelegte Kontrolle des Lagerbestandes durchgeführt. Beim Appell stellte sich heraus, dass vier von den insgesamt 126 Insassen fehlten. Anschließend mussten die Wachposten bei einem strengen Verhör Rede und Antwort stehen. Die Bestandsaufnahme in der Kleiderkammer ergab, dass tatsächlich vier SS-Uniformen abhandengekommen waren.

Tagelang bestimmte die spektakuläre Flucht das Geschehen im Lager. Die Suche nach weggeworfenen Häftlingskleidern trug keine Früchte. Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch niemand, dass ein Fluchtwagen benutzt worden war. Erst als ein Zivilarbeiter der SS-Garage meinte, die Flüchtigen hätten bestimmt das Fahrzeug des SS-Stabsarztes entwendet, kam man der Sache auf die Schliche. Die Pläne, die zum Schutz des Wagens gedient hatte, wurde hochgehoben. Die SS-Leute trauten ihren Augen nicht schlecht, als sie plötzlich eine Attrappe aus Holzlatten sahen.

Unmittelbar danach wurde die Fahndung auf ganz Deutschland ausgedehnt. Im Deutschen Kriminalpolizeiblatt wurde ein Bild von den vier Häftlingen veröffentlicht. Gleichzeitig wurde eine Belohnung für die Ergreifung der Vermissten ausgesetzt. Zum Glück verlief die ganze Suchaktion nur schleppend, sodass die wagemutigen Männer genügend Vorsprung hatten, um sich außer Gefahr zu bringen.

Max Lemmer

Der weitere Werdegang der vier Helden

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges stieg Pierre Schaul in der Luxemburger Armee zum Adjutant-Chef auf. Am 11. Februar 1964 starb er bedauerlicherweise im Alter von nur 43 Jahren an den Folgen der Entbehrungen, die er im Konzentrationslager erlitten hatte.

Nicolas Wolff arbeitete nach dem Krieg als Wachmeister bei der Gendarmerie. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand lebte er in Vichten. Er starb am 15. April 1982 im Alter von 61 Jahren.

Der Belgier Fernand Labalue ging mit der Schwester von Pierre Schaul den Bund fürs Leben ein und kehrte in seine Heimatstadt Lüttich zurück.

Nach der Befreiung Luxemburgs arbeitete Adolf Korzynski eine Zeit lang im Großherzogtum, bevor er Richtung Übersee nach Kanada aufbrach.

ml

Ausreichend Stoff für einen Film

Die spektakuläre Flucht der vier Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald ist einmalig in der KZ-Geschichte. Pierre Schaul, Nicolas Wolff, Fernand Labalue und Adolf Korzynski sind ein Paradebeispiel für bedingungslose Freundschaft und Tapferkeit. Wahre Geschichten fesseln! Kein Wunder, dass immer noch viele realitätsgetreue Schicksale aus dem Zweiten Weltkrieg verfilmt werden. So erwies sich die Geschichte des Industriellen Oskar Schindler, der während des Zweiten Weltkriegs sein Leben riskierte, um seine jüdischen Arbeiter vor der Deportation zu bewahren, als ein wahrer Kinohit.

Volker Schlöndorffs Holocaust-Drama „Der neunte Tag“ punktete sogar mit einem direkten Bezug zu Luxemburg. Sein Film aus dem Jahr 2004 beruht auf der autobiografischen Erzählung von Jean Bernard über seinen Aufenthalt als Häftling im Pfarrerblock des KZ Dachau. Nach wie vor stoßen solche Zeitzeugen-Filme, die eine authentische Darstellung der damaligen KZ-Verhältnisse liefern, auf ein reges Interesse der Kinogänger.

Umso erstaunlicher ist es, dass die tollkühne Flucht der Luxemburger Buchenwald-Häftlinge bislang noch nicht verfilmt wurde, denn Material für ein perfektes Drehbuch gibt es zur Genüge. Robert Daleiden hatte zu seinen Lebzeiten als Schulfreund von Pierre Schaul mehrmals diesen Vorschlag gemacht.

ml



Das Buchenwald-Denkmal: 1958 wurde der Bronzeguss von Fritz Cremer in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte bei Weimar eingeweiht. Seitdem ist die Figurengruppe nicht mehr wegzudenken.



fonction
publique

SPÉCIAL Tourisme au Luxembourg

« Summer in the City 2019 »



Moments forts de l'été dans la capitale luxembourgeoise jusqu'au 15.09.2019

Durant la période du programme « Summer in the City 2019 », la ville de Luxembourg vibre d'émotions grâce à un programme étoffé, composé de concerts en plein air, festivals de musique à envergure internationale, théâtres et arts de la rue, projections « open air », expositions, marchés, folklore et fêtes populaires, mais aussi beaucoup d'attractions touristiques.

Parmi les concerts et festivals à venir, organisés par le Luxembourg City Tourist Office en collaboration avec la Ville de Luxembourg, citons :

Blues'n Jazz Rallye (25^e édition)
Samedi 27.07.2019

Streeta(r)timation (25^e édition)
Vendredi 02.08.2019 et samedi 03.08.2019

MeYouZik
Mercredi 14.08.2019 et jeudi 15.08.2019
Dans le cadre du festival des musiques du monde « MeYouZik », le village des ONGs « MeYouVillage » aura lieu le jeudi 15 août à la Place de Clairefontaine.



« Summer in the City » est un programme participatif dont les événements sont le fruit d'une collaboration amicale entre les différents acteurs de la capitale et de nombreux partenaires institutionnels et privés.

Plus d'infos sur
luxembourg-city.com

OP 1.373 KM

**KIERCH
TROGIR
KROATIEN**



**ABTEI SAINT-
MAURICE-ET-
SAINT-MAUR
KLIERF
LËTZEBOURG**

VAKANZ DOHEEM

VISIT
LUXEMBOURG

VISITLUXEMBOURG.LU

SPÉCIAL **Tourisme au
Luxembourg**

EN FAMILLE
à KINEPOLIS DANS TOUS
LES CINÉMAS KINEPOLIS AU LUXEMBOURG
ET AU CINÉ UTOPIA

**CETTE ANNÉE
ON PENSE VOUS
VOIR SOUVENT
AVEC VOS
ENFANTS**

**KINEPOLIS
FAMILY
CARD**

**5
PLACES
VALABLES**

**100
JOURS**

**10%
DE RÉDUCTION
FOOD & DRINK**

**SHARE
A MOVIE
SHARE EMOTIONS**

**PENSEZ
À LA
KINEPOLIS
FAMILY
CARD**

**FILMS PORTEURS
DU LABEL FAMILLE**

KINEPOLIS

infos et conditions:
kinepolis.lu

**Visites guidées du Palais grand-ducal
à Luxembourg-ville du 13.7 au 5.9.2019**

Le Luxembourg City Tourist Office organise jusqu'à 9 visites par jour en plusieurs langues.

Consultez les horaires et la sélection des langues sur le site internet : luxembourg-city.com

L'achat des billets d'entrée se fait sur la page d'accueil : luxembourg-city.com

Par ailleurs les billets sont, comme dans le passé, disponibles directement auprès du Luxembourg City Tourist Office, Place Guillaume II.

Venez donc vivre une expérience hors normes durant 50 minutes en compagnie d'un guide agréé de la Ville de Luxembourg tout en découvrant l'histoire de la famille grand-ducale : les visites guidées du Palais grand-ducal sont un « must see » du « Summer in the City ».

Comment vivent et travaillent leurs Altesses Royales le Grand-Duc et la Grande-Duchesse de Luxembourg ? Comment se déroule la vie au palais ? Dans quelle salle ont lieu les réceptions officielles ? Quelle est la décoration des salons d'honneur et quelles oeuvres d'art peut-on y admirer ? Autant de facettes que vous pouvez découvrir entre le 13 juillet et le 5 septembre 2019. Durant ces jours le Palais grand-ducal ouvre ses portes au grand public.

Prix par billet (TTC)

Adultes : 14 €

Enfants de 4 à 12 ans : 7 €

Entrée gratuite pour les enfants de moins de 4 ans.

Une partie des recettes de la vente des billets sera versée à la « Fondation du Grand-Duc et de la Grande-Duchesse » (fondation-grand-ducale.lu).

**WOLLEN SIE LUXEMBURG
ANDERS ENTDECKEN?**

**GUIDE FOR ONE
DAY**
29/06 – 15/09/2019

Dann nehmen Sie an originellen und authentischen Touren während der dritten Ausgabe von „Guide für einen Tag“ teil

Buchen Sie jetzt Ihre Tour auf www.guideforoneday.lu

Eine Initiative der Generaldirektion für Tourismus des Wirtschaftsministeriums

**VISIT
LUXEMBOURG**

**L'EUROPE
EN QUELQUES CLICS !**

CFL International

Réservez vos billets internationaux

Vos horaires internationaux en temps réel

Gestion de vos billets électroniques

Affichage de vos correspondances

www.cfl.lu | CallCenter + 352 2489 2489

Téléchargez l'App CFL mobile pour le transport public au Luxembourg et

Téléchargez dans l'App Store

DISPONIBLE SUR Google Play

SPÉCIAL **Tourisme au
Luxembourg****Die Robbesscheier – Ihr kleiner Urlaub zwischendurch**

Die Robbesscheier, ein Naturzentrum, das eher als Ausflugsziel für Schulklassen bekannt ist, hat sich in den letzten Jahren auch zu einem Reiseziel für Kurzurlaube oder für Gruppenfeiern entwickelt.

Der „Sammeshaff“ bietet heute 10 moderne Zimmer mit jeweils 2 bis 6 Betten mit eigenem Duschraum an. Ende 2019 werden noch 4 Zimmer dazukommen. Frühstück, Mittagessen und Abendessen werden im Restaurant der Robbesscheier mit eigenen und regionalen Produkten

zubereitet. Das Angebot an Aktivitäten reicht von Naturateliers über Bewegungsspiele bis hin zu „Teambuilding“-Aktivitäten. Das laufende Programm bietet sich für Familienaufenthalte an und kann auf Anfrage für Gruppen jeden Alters angepasst werden. Das Angebot wird gerne für Familientreffen, Betriebsfeiern oder für „Teambuilding“ gebucht.

Zur Flucht vor dem grauen Alltag braucht es keine langen Reisen. Nur 40 Minuten von Luxemburg-Stadt

entfernt wartet die ideale Kombination aus originellem Aktivitätsprogramm, regionaler hochwertiger Küche sowie angenehmer Übernachtungsmöglichkeit.

Der Tapetenwechsel ist Ihnen garantiert und Clervaux bietet sich für weitere Abstecher an.

Robbesscheier
1, Frummeschgaass
L-9766 Munshausen
T.: +352 92 17 45
info@touristcenter.lu



**DÉCOUVREZ
LES CASEMATES
DU BOCK
À LUXEMBOURG**
PATRIMOINE MONDIAL DE L'UNESCO

luxembourg
ma ville • my city • meng stad

Les caseemates : patrimoine mondial de l'UNESCO. Les premières galeries souterraines furent construites en 1644, sous la domination espagnole. Agrandies deux fois, elles mesuraient 23 kilomètres. Ce système de défense s'étendait sur plusieurs étages et comportait des galeries creusées jusqu'à 40 mètres de profondeur. En raison de ces bastions impressionnants, la ville de Luxembourg fut surnommée la « Gibraltar du Nord ».

HEURES D'OUVERTURE	TARIFS	TICKETS
1/4 - 30/9 10h00-20h30, dernière entrée 20h00	7,00 € Adultes	Montée de Clausen, L-1343 Luxembourg
1/10 - 31/11 10h00-17h30, dernière entrée 17h00	6,00 € Étudiants et seniors	
	3,50 € Enfants de 4 à 12 ans	
	Gratuit pour les enfants de moins de 4 ans	

luxembourg
city tourist office

30, Place Guillaume II • L-1648 Luxembourg • Tél. : (+352) 22 28 09 • touristinfo@lcto.lu • luxembourg-city.com

ROBBESSCHEIER
by TOURIST CENTER CLERVAUX

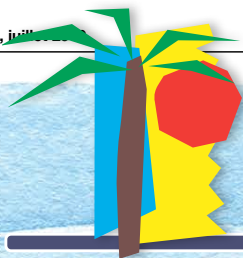
Är kleng Vakanz an der Robbesscheier

- 1 Dag oder 2 hallef Deeg Aktivitéiten +
- 1 Mëttegiesse mat 3 Servicer +
- 1 Owesiesse mat 3 Servicer +
- 1 Nuecht an eisen neien Zëmmer +
- 1 Moiesiessen

89 € (pro Erwuessenen)
80 € (pro Kand, ënner 12 Joer)

Gidd bei der Reservatioun den Code „Vakanz doheim“ un.
Fir déi genau Konditiounen frot bei eis no.

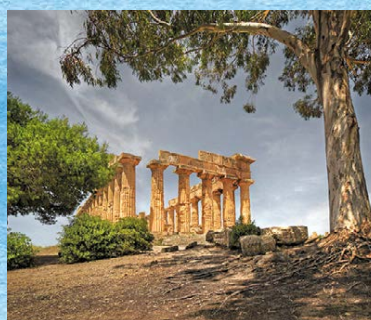
ROBBESSCHEIER
1, Frummeschgaass • L-9766 Munshausen • Tel. : +352 92 17 45 • info@touristcenter.lu
www.robbesscheier.lu



LUX VOYAGES

Eine Insel wie eine Opernkulisse

15-tägige Sizilien-Rundreise



Seit Jahrhunderten ein brodelnder Schauplatz für Kulturen aus allen Himmelsrichtungen: griechische Tempel und normannische Kathedralen, Weinberge und Zitronengärten, Mittelmeerstrände und ein majestätischer Feuerberg – eine Insel wie eine Opernkulisse.

Mit reichlich italienischer Lebensfreude und einer großen Prise Orient ist Sizilien anregend und beschaulich zugleich. Es ist der richtige Kultur-Natur-Mix, der diese Studienreise ausmacht: architektonische Zeugen der Antike (mit 6 Weltkulturerbestätten), rohe Urkraft am Ätna, leckere Antipasti in einem Agriturismo und immer wieder Orte der Ruhe – am Meer, in barocken Altstädten und in behaglichen Hotels.

Reisepreis ab 2.499€* / Person im DZ, inklusive

- Flug ab München nach Catania und zurück (ab Luxemburg auf Anfrage)
- 14 Nächte im DZ, ausschließlich in 4-Sterne-Hotels
- Mahlzeiten und Eintrittsgelder laut Programm
- Transporte in klimatisierten Fahrzeugen
- ständige, örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- zusätzliche lokale Gästeführungen
- Max. 18 Teilnehmer

Termine 2019: 07.09.-21.09. / 21.09.-05.10. / 05.10.-19.10. / 19.10.-02.11.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Mittelmeerreisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



LUX VOYAGES s.à.r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu

*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen.



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause